

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Blauvorschift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Zeilenaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die 11. Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verkauf, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die amerikanische Presse veröffentlicht ein eigenhändiges Handschreiben Wilhelms II. an den Präsidenten von Nicaragua, das als ein Versuch Deutschlands, sich in Mittelamerika festzusetzen, aufgefaßt wird.

Die Breslauer Polizei erklärte eine Freiligrathfeier für eine öffentliche politische Versammlung und veranlaßte die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen unser Breslauer Parteiblatt wegen Abdrucks eines Freiligrathschen Gedichts.

Der badische Landtag lehnte die Vornahme einer Steuererhöhung ab.

In der französischen Kammer wurde gestern die Interpellation über den Rochette-Skandal verhandelt.

Sozialdemokraten als Kriegsbeher.

Leipzig, 12. Juli.

Die in der neuesten Finanzvorlage der englischen Regierung enthaltene Mehrausgabe von 5 1/2 Millionen Pfund Sterling für die Marine, zusammen mit dem wohlbegründeten Gerücht, daß die Admiraltät dieser Tage eine Forderung auf weitere 4 1/2 Millionen für neue Schiffsbauten einbringen werde, hat selbst in den freimütigsten liberalen Kreisen eine starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Wo sind die alten Schlagworte von Sparsamkeit und Beschränkung der Rüstungen geblieben, mit denen man die Wahlen von 1906 gewonnen hat? Während der fünf Jahre, die seitdem verlossen sind, ist der Marineetat von 31,4 auf 40,6 Millionen gestiegen und er steht jetzt auf einer Höhe, die selbst in den schlimmsten Jahren der konservativen Wirtschaft unbekannt war. Allein im letzten Jahre sind 8,8 Millionen für Kriegsschiffsbauten ausgegeben worden. In diesem Jahre werden 13,2 Millionen ausgegeben werden, und sollte das Marineministerium seine angemeldete Forderung durchsetzen, woran gar nicht zu zweifeln ist, so kommen weitere Bauten und weitere Ausgaben. Und dabei hat sich keine einzige der Begründungen, mit denen die Regierung in den berühmten Debatten im März des vergangenen Jahres und auch später das neueste Programm von acht neuen Dreadnoughts verteidigte, als richtig erwiesen, da weder die deutsche Regierung das Bautempo beschleunigt, noch Oesterreich die vielerörterten vier Schlachtschiffe bisher bestellt hat. Selbst die Marineliga ist jetzt zu dem Geständnis gezwungen, daß man auf die angebliche Absicht der deutschen Regierung, die Bauten zu beschleunigen, allzu viel Wert gelegt hat, und jetzt vor einigen Tagen

erklärte der Marineminister McKenna selbst, daß Oesterreich seine Schlachtschiffe selbst im Jahre 1913 noch nicht fertig haben werde. Demgemäß wird England auch ohne weitere Bauten im Frühjahr 1912 — einem Zeitpunkt, der allgemein als „kritisch“ betrachtet wurde — 20 neueste Dreadnoughts gegenüber den 13 deutschen haben, von den 37 älteren, aber immer noch vortrefflichen Schiffen, ganz abgesehen.

Angehts dieser Tatsachen, die ein grelles Licht auf die wahre Natur der angeblich liberalen Regierung werfen, ist es um so bedauerlicher, daß der Genosse Hyndman es für ratsam gefunden hat, wieder einmal, und zwar in der hochkonservativen, „patriotischen“ und schutzamerikanischen Morning Post, seine bekannten Ansichten über die englisch-deutschen Beziehungen und die Notwendigkeit einer „starken“ Flotte in einem spaltenlangen Briefe Ausdruck zu geben. Die neue Vermehrung der Schlachtflotte um acht riesige Schiffe und ihre gewaltige Ueberlegenheit gegenüber anderen Mächten, ist ihm noch nicht genug, und er fordert, zusammen mit Blatchford und einer Anzahl von Admiralen und Generälen, eine sofortige Mehrausgabe von nicht weniger als 100 Millionen Pfund Sterling für Neubauten, wofür eine Anleihe gemacht werden solle, die aus einer Steuer auf alle Einkommen von 300 Pfund zu decken sei! Nur dann, erklärt er, könne England gegen eine Invasion Deutschlands gesichert sein. Was er dabei über die „deutsche Gefahr“ schreibt, könnte aus den Schriften der tollsten Deutscheschreier entnommen sein. „Sozialisten“, so heißt es bei ihm, „sollten eigentlich die letzten sein, sich der Gefahr der Beherrschung der Nordsee und des Kanals durch das verpreußte Deutschland auszusetzen. Gerade aber diese Beherrschung ist das Ziel der deutschen Regierung.“ Das haben selbst die Führer der liberalen Partei zugestanden, das „wissen die deutschen Sozialdemokraten wohl, deren Führer, wie Bebel, es mehrfach im Reichstag anerkannt haben“. Es sei aber lächerlich, wie die „kolonialistischen“ es behaupten, daß das deutsche Volk oder die deutsche Sozialdemokratie instände seien, diese Absichten ihrer Regierung zu durchkreuzen und einen Krieg mit England zu vermeiden. „Die Führer der deutschen Sozialdemokratie haben mir sämtlich erklärt, sie könnten einem Krieg mit Frankreich nicht vorbeugen“, von einem Kriege mit England schon abgesehen. Was sollte England unter diesen Umständen tun? Soll es sich wehrlos der Gefahr aussetzen, seine Freiheiten von dem deutschen Eroberer unterdrückt zu sehen? Soll es sich durch die deutsche Flotte aushängen lassen, da es zu sieben Ahtel auf die überseeische Zukunft seiner Lebensmittel angewiesen ist? Oder soll England auf sein Recht verzichten, den politischen Flüchtlingen aus andern Ländern ein Asyl zu gewähren? Alle diese Patrioten in der Vergangenheit wie auch jetzt, welchem Umstände verdanken und danken sie ihre Immunität gegen Verhaftung, Kerker und Tod? Etwa

den pazifistischen Appellen der britischen Friedensapostel? Nein, sie verdanken ihre Sicherheit den häßlichen Kanonen der britischen Flotte. . . Ich meinerseits,“ so endigt er seine Epistel, „kann nicht glauben, daß irgendein nennenswerter Teil unfres Volkes die Gefahr laufen will, daß die nationale Politik von Deutschland diktiert wird oder unsere Verbündeten und die kleinen Mächte Europas von demselben militärischen Reiche vergewaltigt werden sollen.“

So schreibt ein Sozialdemokrat, der Gründer der sozialistischen Bewegung in England, der sie auf dem internationalen sozialistischen Bureau vertritt! Schlimmer und demagogischer könnte wohl auch der rabiateste englische Jingo nicht schreiben. Selbst wenn seine Verdächtigung der Absichten des „verpreußten Deutschlands“ nicht so einseitig wäre, wie sie tatsächlich ist — und er hätte bloß die zahlreichen Provokationen auf politischem, kolonialem und finanziellem Gebiete, die England in den letzten Jahren verübt hat, unbefangen betrachten sollen, um einzusehen, daß die Schuld für die Spannung in ihren gegenseitigen Beziehungen ebenso auf das Konto Englands wie auf das Deutschlands gestellt werden muß — so hätte er doch als Sozialdemokrat, der sich auch Marxist nennt, begreifen müssen, daß diesen schlechten Beziehungen und der daraus entstehenden Kriegsgefahr keine geheimnisvollen „nationalen“ Gegensätze und keine mystische Erberungslust des „verpreußten Deutschlands“, sondern einzig und allein kapitalistische Invalitäten um den Industrie- und Finanzmarkt zugrunde liegen, die mit Gewalt auszufechten das Proletariat der beiden Länder kein Interesse hat. Vielmehr muß es die dringlichste Pflicht eines sozialdemokratischen Führers sein, die Arbeitermassen über diese Ursache der Kriegsgefahr aufzuklären, damit sie den gegenseitigen Beziehungen energischen Widerstand leisten und eben dadurch den Ausbruch eines Krieges unmöglich machen. Wir kennen die „sämtlichen“ Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht, die dem Genossen Hyndman angeblich „zugestanden“ haben, sie wären nicht instände, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden, er mag aber sicher sein, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer praktischen und theoretischen Aufklärungsarbeit weit mehr zur Verhütung eines Krieges beiträgt, als er und sein Gefährte Robert Blatchford mit ihren Hej-artikeln und ihrem unaufhörlichen quasi patriotischen Kriegsrummel.

Was dann Hyndman über das Ahrrecht und die Verteidigung der kleinen Nationalitäten spricht, ist eine hohle Phrase. Der Allianz-Akt der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts beweist, wie wenig die englischen herrschenden Klassen Anstand nehmen würden, den fremden Flüchtlingen das Ahrrecht zu entziehen, wenn es einmal in ihrem international-politischen Interesse liegen sollte, und angesichts des Verrats, der gerade jetzt an Korea, der Mandchurei und Persien von England verübt

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Senn.

Nachdruck verboten.

Der Sohn war ihr nun völlig erwachsen und führte ein Leben, das so ganz außerhalb ihres Begriffsvermögens stand. Wie war sie aber stolz auf ihn! Wie oft kniete die Mutter vor dem Bilde der Madonna drüben in der Pfarrkirche und ersuchte den Schutz der Himmelskönigin für den einzigen Sohn. Sie, die Gottesmutter, möge über ihn wachen, ihn schirmen und schützen und ihn nicht in die Versuchung fallen lassen. Ueber der Sorge um den Sohn vergaß sie gar oft die um ihre zwei Töchter. Und die war womöglich noch größer. Die Töchter waren ja bei der gut und fromm und hatten gar keine Gelegenheit, in Versuchung zu geraten. Die Mutter hatte sie ja von ihrer Kindheit an stets sorglich behütet. Sie waren herangewachsen und saunten keinen andern Willen und kein anderes Glück auf Erden als ihre Liebe zur Mutter. Die Mathilde war darüber ein frühaltet Mädchen geworden. Die Mutter hatte es wohl gesehen, wie das schöne Mädchen immer weiler und weiler wurde. Und sie hatte es auch begriffen und verstanden. Liebeleer war die Jugend des Mädels vorübergegangen. Da war niemand, der ihre Mathilde als sein Weib heimführen wollte. Und jetzt war auch die Agnes, ihr jüngstes Kind, schon in einem Alter, wo sie eigentlich verjagt werden sollte.

Mädchens tritt. Gerade diese Liebe zu Franz bildete jetzt eine neue Sorge für die Bergrätin.

Nun saßen der Vater und die Bergrätin schon eine geraume Weile beim Kaffee und plauderten. Das heißt, eigentlich führte der Vater Remigius ganz allein das Wort. Die Kätin hörte nur mit halbem Ohr den Geschichten des Vaters zu. Der erzählte gewöhnlich Anekdoten aus dem Leben von Kapuzinern oder andern geistlichen Amtsbrüdern, die lustig sein sollten, jedoch ihre Wirkung meistens verfehlten, da sie fast immer ohne jede Pointe blieben.

Ab und zu warf die Kätin einen verstoßenen, ängstlichen Blick hinüber zu dem Fenster, wo ihre beiden Töchter bei einem Nähtisch saßen und teilnahmslos an einer Handarbeit stühten. Hier und da ließ die Frau einen leisen zitternden Seufzer hören und bemühte sich dann wieder, dem Vater Remigius eine aufmerksame Zuhörerin zu sein.

Der Vater hatte nun doch bemerkt, daß die Bergrätin eine neue Sorge zu drücken schien, weil sie so zerstreut war. Er nahm seine Brille von den Augen und legte sie vor sich hin auf den großen runden Tisch, der mit einem himmelblauen Kaffeetuch und großen, bauchigen, goldgeränderten Tassen hübsch und zierlich gedeckt war. Darauf warf er einen forschenden Blick zuerst nach der Bergrätin und dann hinüber zum Fenster, wo die beiden Mädchen saßen. Dann holte der Vater Remigius aus dem weiten Ärmel seiner Kutte ein dunkles blauesfarbtes Taschentuch hervor und begann eifrig seine Brille zu putzen.

„Kahl's wo?“ erkundigte er sich plötzlich ganz unvermittelt und hauchte die Gläser seiner Brille mehrmals mit großer Energie an, ohne dabei die Augen von den Frauen abzuwenden.

Die Bergrätin fuhr nerods zusammen. „Wie meinen's, Hochwürden?“ fragte sie mit ihrer leisen, etwas weinerlichen Stimme.

„Ob's was geben hat?“ erwiderte Vater Remigius und sah angelegentlich zu den Mädchen hinüber, die tief über den Stüdrahmen gebeugt dasaßen.

Im Zimmer herrschte kurze Zeit hindurch tiefe Stille. Man hörte nichts als den leise knarrenden Ton der Mädchen, die die Mädchen durch den in den Stüdrahmen festgepressten Stoff stachen.

Die Bergrätin seufzte neuerdings leise und fast verstohlen, und sah dann noch ängstlicher zu den Töchtern hinüber. Es war ihr peinlich, jetzt vor den Mädchen von ihren neuen Sorgen zu sprechen. Sie war es aber seit Jahren gewohnt, stets mit dem Vater alles zu bereden, und hatte vor ihm nie ein Geheimnis gehabt.

Diese Besprechungen brachten ihr dann jedesmal eine große Erleichterung. Widerspruchslos, wie ein gut erzogenes Kind, fügte sie sich stets den Ratsschlügen des Vaters, überzeugt, daß seine Einsicht die bessere und einzig richtige sei. Wenn sie jetzt nicht sogleich frei und offen zu ihrem geistlichen Berater sprach, so geschah es lediglich aus Rücksicht auf ihre Tochter Agnes, die sie in ihren Gefühlen nicht verletzen wollte.

Jetzt, da Vater Remigius Kröll sie verwundert über ihre Verlegenheit scharf ansah, errötete sie wie ein junges Mädchen und meinte zögernd: „Ja freilich gibt's wieder was, Hochwürden. Bei mir geht halt die Sorg' mit aus!“ sehte sie wehmütig und lächelnd hinzu.

„Also was denn wieder?“ jorschte der Vater und sehte sich die Brille zurecht. Dann stemmte er die dicken, kleinen Kräfte auf die Knie und harrete in dieser Stellung, daß ihm die Kätin ihr neues Anliegen beichten würde.

Als der Vater auf den klotten und kostspieligen Lebenswandel des Sohnes anspielte, wurde die Kätin noch etwas züter. „Nein, nein! Das nit!“ sagte sie rasch, dann fügte sie mit einem schüchternen Blick auf Agnes hinzu: „Ich werd's Ihnen lieber ein andersmal erzählen, Hochwürden, nit heut!“

Vater Remigius verstand sofort, um was es sich handelte. „Ah so!“ meinte er kurz und warf einen scharfen Blick zum Fenster hinüber, wo die beiden Mädchen in unverständlicher Stellung saßen.

wird, das doch zur Erhaltung ihrer Selbständigkeit und Integrität vertragsmäßig verpflichtet ist, klagt das Geschwäh von dem Schutz der schwachen Nationalitäten wie ein Sohn. Syndman, der doch immer die Treulosigkeit der englischen herrschenden Klassen angreift, sollte doch eigentlich noch besser als wir wissen, daß sie, wenn es ihnen in den Kram passen würde, sich ebensowenig scheuen würden, die Neutralität oder sogar die Integrität Hollands oder Belgiens zu verletzen, wie die deutschen Machthaber.

Syndman ist, wir wissen das wohl, kein Imperialist. Er bekämpft die britische Herrschaft in Indien und Ägypten und ist einer der ersten Engländer gewesen, die für Homerule in Irland eintraten. Er hat aber niemals die Eierhalsen des Torismus völlig abgeschüttelt, aus dem er hervorgetreten ist, und der Torismus steht ihm noch immer im Blut. Selbst sein Haß gegen die Liberalen trägt den historischen Anstrich des alten Torismus, und wo es zum „Patriotismus“ kommt, dort ist er ein vollblütiger „Engländer“, kein Sozialdemokrat. Besonders in internationalen Fragen bleibt er ein „Engländer“ mit all seinen Vorurteilen, die teilweise daraus stammen, daß er mehr französisch als deutsch gebildet ist, und die Franzosen kennt, die Deutschen aber nicht. Selbst einem Clemenceau und einem Opportunisten wie Paul Broussé wird er, der Marxist, jeden Verrat verzeihen, Befehl aber oder Kautsky bei jeder Gelegenheit angreifen, wie es in Justiz oftmals zu lesen ist. Daß unsre englische Bruderpartei nicht die Verantwortung für die Seitenstünge ihres hervorragenden Führers trägt, wissen wir wohl. Wir möchten es aber einmal erleben, daß sie seine Kriegshetze entschieden desavouiert.

Pfaffenwirtschaft.

Nun München wird uns geschrieben:

Am Sonnabend begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen die 31 Jahre alte Näherin Marie Trautsch, der Geliebten des flüchtig gegangenen katholischen Pfarrers Joseph Scheuer von Kolbnmoor, wegen zweier Verbrechen des Meineids, die sie auf Anstiftung des Pfarrers am 28. Januar und 29. Februar d. J. vor dem Schöffengericht Miling begangen hat.

Die Angeklagte Trautsch, die sich in Untersuchungshaft befindet, gab in ihrem Verhör an, daß sie mit 20 Jahren mit einem Kaffee in Verhältnis hatte und mit diesem nach Paris gegangen sei, wo sie sich fünf Jahre aufgehalten habe. Als sie dann wieder nach Hause gekommen sei, sei Pfarrer Scheuer schon dagewesen. Bei einer Christbaumfeier sei sie dann mit dem Pfarrer näher bekannt geworden, der Pfarrer habe für sie Interesse gezeigt und sie in den Pfarrhof eingeladen; sie selbst habe aber keine schlechten Gedanken gehabt. Sie habe dann mit dem Pfarrer einen Ausflug gemacht, wobei der Pfarrer zum ersten Male seine Absichten durchblicken ließ. Von da ab sei sie dem Pfarrer aus dem Wege gegangen. Da ihr Scheuer deshalb Vorwürfe gemacht habe, habe sie ihre Wesche im Pfarrhofe wiederholt und habe dann im April 1907 mit dem Pfarrer zum ersten Male intim verkehrt. Ihre Mutter habe von diesem Verkehre nichts gewußt. Im Januar 1908 füßte sie sich Mutter, sie machte dem Pfarrer davon Mitteilung, dieser aber wollte es nicht glauben, dann aber redete ihr der Pfarrer zu, zu sagen, sie wisse nicht, von wem das Kind sei; sie solle nur sagen, sie habe mit mehreren Männern Umgang gepflogen. Vor dem Vormundschaftsgericht gab sie den Photographen Voeben als Kindsvater an. Pfarrer Scheuer gab ihr nach der Geburt 300 Mk. Einer Freundin habe sie im Vertrauen erzählt, daß nicht Voeben, sondern Pfarrer Scheuer der Vater ihres Kindes sei. Diese habe dann das Geheimnis ausgeplaudert. Scheuer habe dann den christlich organisierten Arbeiter Almonte wegen Verleumdung verklagt. Sie sei als Zeugin geladen gewesen. Damals habe ihr Scheuer noch nicht zugemutet, die Unwahrheit zu sagen. Im Prozeß gegen den Gastwirt Sperber fürchtete Scheuer, daß sie als Zeugin vernommen werden könnte, und gab ihr deshalb den Rat, nach Augsburg zu reifen, was sie auch tat. Scheuer schrieb ihr nach Augsburg, seine Ehre sei vollständig gerettet, er müsse jetzt nur noch Oberhäuser verklagen. Später schrieb ihr Pfarrer Scheuer ausführlich, was sie im Prozeß Oberhäuser aussagen solle. Die Angeklagte schildert dann die Zusammenkunft mit Scheuer, der ihr vormachte, er als Geistlicher wisse am besten, was sie tun dürfe. Er sagte, sie tue recht, wenn sie in diesem Falle einen Meineid schwöre, sie bringe dadurch der Religion ein Opfer, in diesem Falle gelte das Gesetz nicht. Scheuer habe auch die Briefe, die sie an verschiedene Leute schrieb, verfaßt, um die An-

gelegtheit zu verdunkeln. Die Angeklagte Trautsch gab zu, daß sie in der ersten Verhandlung die Unwahrheit beschworen habe. Scheuer habe ihr gesagt, sie müsse auch in der zweiten Verhandlung auf dem schon geleisteten Eid bestehen bleiben. Sie habe deshalb auch in der zweiten Verhandlung falsch geschworen. Bei der zweiten Verhandlung war der Pfarrer stets in ihrer Nähe; er blieb immer so stehen, daß er ihr ins Gesicht sehen konnte und ermunterte sie durch Blicke mit der Hand. Worin besteht er: Warum sagten Sie denn die Unwahrheit? Angeklagte: Weil ich Furcht gehabt habe. Ich sagte damals unter dem Einfluß des Pfarrers aus, er sah mir immer ins Gesicht, ich konnte nicht anders aussagen. Worin besteht er: Wollte Ihre Mutter nicht einmal das Kind zur Fronleichnamprozession mitnehmen? Angeklagte: Davon weiß ich nichts; meine Mutter wußte nichts davon, daß der Pfarrer der Vater war.

Aus der Jugendvernehmung ist hervorzuheben die Aussage des Oberamtsrichters Wiefels h u b e r; Pfarrer Scheuer habe auf seinen Vorschalt pathetisch erklärt, er sei katholischer Priester und wolle solcher bleiben, er erkläre bestimmt, daß er mit der Trautsch nie geschlechtlich zu tun gehabt habe. Das Gericht solle den Eid, den er leisten wollte, als geleistet betrachten. Der Zeuge gab die Möglichkeit zu, daß die Trautsch durch Fragen des Verteidigers Dr. Ver n h e i m verwirrt worden sein kann. Die Bürgermeisterin Anna Bergmann sagte aus, daß ihr die Trautsch mitgeteilt habe, das Kind sei vom Pfarrer und jetzt nenne sie der Pfarrer ein Mensch. Der Zeugin gegenüber legte der Pfarrer die Vaterhaft nicht, er war stolz darauf, als die Zeugin die Schönheit des Kindes hervorhob. Die Zeugin hatte dem Pfarrer geraten, gegen Oberhäuser nicht vorzugehen. Der Pfarrer erwiderte, die Marie Trautsch werde sich überlegen, auszusagen, sonst komme sie ins Zuchthaus; er lasse noch ganz Kolbnmoor einsperren. Die Zeugin legte einen Brief des Pfarrers dem Gericht vor, den sie unterm 2. Januar, vor dem Prozeß Oberhäuser, erhielt und in dem der Pfarrer ihr nahe legte, zu sagen, Voeben sei der Kindsvater. Die Trautsch wurde erst religiös, als sie das Verhältnis mit dem Pfarrer aufging. Von da ab sei sie erst Beschworesin geworden. Der Pfarrer war gegen die Wichtigkeit sehr galant, diese hatten ihn sehr gern. — Die Zeugin W a g m i l l e r war beim Pfarrer bedienstet. Es sei ihr aufgefallen, daß der Pfarrer ein Frauenzimmer ins Fremdenzimmer führte und dieses dann versperrte. Es stellte sie heraus, daß dies die Trautsch war. Von ihren Beobachtungen hatte die Zeugin dem Kooperator Mitteilung gemacht, worauf ihr der Pfarrer eine D h r f e g e angeboten habe. — Zeuge Monteur O b e r h ä u s e r schilderte den vom Pfarrer gegen ihn anhängig gemachten Prozeß. Der Trautsch mußte jedes Wort herausgepreßt werden. Nach dem ersten Termin sei die Mutter der Trautsch zu ihm gekommen und habe von ihm verlangt, er solle alles zurücknehmen, die Familie Trautsch würde alle Kosten bezahlen. Nach dem zweiten Termin wurden dem Zeugen noch 300 Mk. versprochen, wenn er die Berufung zurückziehe. — Die Zeugin W a l d h ä u s l war bei dem Pfarrer im Dienst. Der Pfarrer verlangte von ihr eine Erklärung, wonach sie ihm nichts Ehrenrühriges nachsagen könne. Als die Zeugin diese Erklärung nicht unterschrieb, drohte er mit Klage, geklagt habe er aber nicht. Auf Veranlassung Scheuers schrieb die Zeugin an den Pfarrer Briefe, dem sie früher ihre Beobachtungen über den Verkehre Scheuers mit der Trautsch mitgeteilt hatte, was sie früher gesagt habe, sei nicht wahr. Scheuer habe zu ihr gesagt, wenn sie diesen Brief nicht schreibe, werde sie keine Verzeihung vor Gott erhalten. Die Zeugin erzählte dann, wie sie Scheuer in neuen Briefen zum Meineid verleiten wollte. Die Verlesung der Briefe rief im Publikum Bewegung hervor, besonders bei jenen Stellen, durch die er die Waldhäusl veranlassen wollte, zu seinen Gunsten auszusagen, damit die Kirchenfeinde, die Sozi und ihre Münchner Post, keine Freude erleben.

Zeuge V l e m o n t e sagte aus, daß der Pfarrer öfter zu ihm gekommen sei und zu ihm sagte, er, Vlemonte, sei der Mann, der seine Ehre wieder herstellen könne. Scheuer gab dem Zeugen eine Willenkarte, auf der der angeklagte Voeben bestätigte, daß er der Kindsvater sei. Scheuer habe ihn, Vlemonte, verklagt, gab ihm dann 20 Mk., als er sich hatte verurteilen lassen, später bekam der Zeuge noch einmal 100 Mk. „Einen Sozi“, sagte der Pfarrer, „kann ich nicht verklagen, denn so ein Sozi schwört einen Meineid.“

Die Angeklagte Trautsch sagte auf Vorhalt, der Pfarrer habe die Willenkarten mit dem Namen Voeben selbst drucken lassen.

Der Staatsanwalt stellte an die Angeklagte die Frage, ob sie den Verkehre mit einem Pfarrer nicht als Sünde gehalten habe. Vor der Beantwortung dieser Frage wird die Deffektivität ausgeschlossen. Die Angeklagte erklärte hierauf, der Pfarrer habe zu ihr gesagt, eine kirchliche Ehe sei auch schon geschlossen, wenn zwei den Willen haben, beieinander auszuhalten. Sie habe geglaubt, Scheuer gehe mit ihr nach Amerika und heirate sie dort. S t a a t s a n w a l t: Haben Sie noch an Ihre „geistige“ Ehe geglaubt, als Scheuer von Ihnen als „Mensch“ sprach? — T r a u t s c h: Der Pfarrer hat mich wegen dieses Ausdrucks um-

Verzeihung gebeten. Er sagte, er habe das nur in der Deffektivität sagen müssen, in Wirklichkeit liebe er mich noch wie zuvor. Die Angeklagte gab noch an, daß sie, nachdem sie während der Untersuchungshaft ein Verständnis abgelegt, den Pfarrer vor dem Vormundschaftsgericht als Kindsvater angegeben habe. Seine Mädel wurden hierauf wegen ihrer Alimentationsansprüche gepfändet. Bei ihrer Vernehmung in Miling sei sie unwohl gewesen und habe deshalb der Verhandlung nicht folgen können. Auf die Frage des Verteidigers: Pfarrer Scheuer schickte mich einmal trotz tiefen Schneefalles zum Besuchen nach Rosenheim. Hierauf wurde die Deffektivität wieder hergestellt. Die Mutter der Angeklagten erklärte, daß sie von dem ihr zusehenden Zeugnisverweigerungsrechte Gebrauch mache. Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Geschworenen vernichteten die auf ein Verbrechen des Meineids gestellte Frage und sprachen dagegen die Angeklagte eines fortgesetzten Verbrechens des f a h r l ä s s i g e n F a l s c h e i d s schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, volle Anrechnung der Untersuchungshaft und Aufhebung des Haftbefehls. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

17. Jahresversammlung des Zentralverbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Regensburg, 11. Juli.

In der heutigen ersten Hauptversammlung steht als erster Punkt der Bericht der geschäftsführenden Kasse zur Tagesordnung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhalten als Vertreter der Regierung Herr Regierungsdirektor K a m m e r e r, als Vertreter der Stadt Regensburg Herr Dr. W i l l sowie der Vorsitzende der Handels- und Handwerkerkammer das Wort, um der Versammlung ihre Sympathie zu bekunden, nachdem vorher der Verbandsvorsitzende F r ä h d o r f die Herren begrüßt und die Tagesordnung des Verbandstages eingehend gewürdigt hatte. Den Bericht der geschäftsführenden Kasse, der im Druck vorliegt, und worüber wir bereits berichteten, erstattet der Verbandsdirektor G e s s e, indem er den vorliegenden Bericht erläutert bzw. ergänzt. Eine Diskussion des Berichts wurde weiter nicht beliebt, nur demängelt Herr Ab. R o h n - B e r l i n die Angaben des Westfälischen Vereins über die Wohnungsfrage. Deshalb gestaltete sich der zweite Punkt der Tagesordnung: Befragung der Reichsversicherungsordnung und der dazu gestellten Anträge; wozu Herr Rechtsanwält Dr. M a y e r - F r a n k e n s h a f das einleitende Referat übernommen hatte. Redner schießt aus, daß es sich bei der jetzigen Tagung nur darum handeln könne, noch einmal die Richtlinien festzustellen, nach denen die Reichsversicherungscommission des Reichstages im Sinne der Versicherten zu arbeiten habe. Der Rückblick auf die bisherigen Beratungen zeige, daß man sehr wenig Rücksicht auf das Interesse der Versicherten genommen habe. Die Fallsmajoritäten seien vorwiegend diktiert gewesen von Einflüssen, die nicht auf sozialpolitischem Boden liegen, obwohl das Gebiet der Sozialpolitik ein Gebiet für sich sein solle. Wie in mancher andern Beziehung, so bestehe auch bezüglich der Sozialpolitik noch eine Meinlinie. Im Süden Deutschlands wisse man nichts von den fleißigen Schritten norddeutscher Verwaltungsbehörden. Man verstehe es einfach im Süden Deutschlands nicht, wie es möglich sein könne, daß sich die Krankenkassen wegen ein paar Mark Delegationskosten mit den Behörden herumschlagen müssen. Deshalb sei es mit aller Entschiedenheit anzustreben, daß die süddeutsche Auffassung auch in Norddeutschland zur Geltung komme. Redner geht dann auf diejenigen Beschlüsse der Reichstagscommission bzw. diejenigen Paragraphen des Entwurfs der Regierung näher ein, die eine V e r s c h e t e r u n g des bisherigen Zustandes bedeuten, und bemängelt hierbei ebenfalls, daß die Reichstagscommission an den grundlegenden Bestimmungen des Selbstverwaltungsrechts, wozu gerade die Frage des Kongressrechts gehöre, getan habe. Der Versuch der Regierung, eine einheitliche Behördenorganisation zu bilden, sei gegen das bisherige System ein gar nicht unbedeutender Fortschritt, von der Commission sei aber die angeforderte einheitliche Gliederung erheblich verschlechtert worden. Im Entwurf sei zunächst das Reichsversicherungsamt in „Abteilung für Arbeiterversicherung“ geändert, obwohl die Versicherung über diese Auffassung längst hinausgewachsen sei. Während ferner die im Entwurf bezweckte Möglichkeit der Selbständigkeit der Versicherungsämter abgelehnt habe, man diese Selbständigkeit bei den oberen Versicherungsämtern akzeptiert. Viel richtiger sei es gerade bei den unteren Versicherungsämtern gewesen. Dagegen verdiene es Velfall, daß man bei der höchsten Instanz die Landesversicherungsämter gestrichen und es beim einheitlichen Reichsversicherungsamt belassen habe. Da der bisherige Zustand nicht aufrecht erhalten werden könne, und mit der Wünschbarkeit der Rechtsprechung auf diesem Ge-

Jetzt hob Mathilde ihren Kopf auf und sprach mit ruhiger und tonloser Stimme: „Ja mein' Mutter, es ist g'scheiter, du redest heut'." Die Agnes muß es doch ertragen lernen, daß man darüber redet! Gest, Agnes?"

Agnes nickte zustimmend, ohne aufzusehen. Schwere Tränen stiegen ihr heiß in die Augen. In den letzten Tagen hatte das Mädchen viel geweint. Sie sah ganz blaß und elend aus. Dem Pater Remigius fiel das erst jetzt auf.

„Wo hat's mit dem Senn Franzl was geben, ha?" erkundigte sich der Pater und lächelte gutmütig herablassend, wie wenn man über ein Kind lacht, das um seine Puppe weint.

„Geben hat's eigentlich nig!" erzählte nun die Berg-rätin. „Was soll's denn auch geben? Der Franz und die Agnes sind ja gar nit einmal verlobt miteinander.“

„Aber gern hab'n sie sich, gelt?" neckte der Pater.

„Ja freilich. Die Agnes amal schon —“ fuhr die alte Dame zögernd fort. „Und der Franz, von dem haben wir's halt auch immer glaubt, bis —“ hier stockte sie und sah wieder mit einem ängstlichen Blick zur Tochter hinüber.

Die zwei Schwestern sahen wie früher über die Arbeit gebeugt da, anscheinend teilnahmslos, als ob sie die ganze Sache überhaupt nichts angeinge. Von dem Plage, wo der Pater und die Rätin saßen, konnten diese beiden es allerdings nicht sehen, wie dicke schwere Tränen unaufhörlich über die Wangen der Agnes rannen. Mathilde bemerkte es wohl, ließ sich aber nichts anmerken und schaute mit feinem Blick von ihrem Stuhlrahmen auf.

„Na, bis?" frug der Pater.

„Ja halt bis vor a'klische Tag!" bestärkte die Rätin weiter. „Sie wissen schon, Hochwürden, früher ist der Franz oft zu uns kommen. Und seit die etlichen Wochen, daß sei Mutter g'storben ist, da ist fast kein Tag nit vergangen, wo er nit kommen ist. Wir hab'n ihn halt, so gut's gangen ist, getröstet. Aber am liebsten hat er halt immer mit der Agnes g'redet. Von jeher schon. Und drum hab' i halt immer denkt, er hat sie gern —“ fügte sie schüchtern, im Tone einer Entschuldigung, hinzu und sah nun mit einem hilflos lebenden Blick zu dem Pater empor.

„Ja, natürlich hat er sie gern!" bestätigte Pater Remigius. „Warum soll er sie denn nit gern haben?"

„Seit einer Woche ist er gar nimmer zu uns kommen!" gestand die Rätin leise und schüchtern, als ob sie eine schwere Schuld zu bekennen hätte.

„Ah mei! Da ist ja nit viel dahinter. Er wird halt soa Zeit g'habt hab'n!" beruhigte sie der Pater und setzte sich bequemer auf das Sofa zurück.

„Ja, das hab'n wir ansangs auch dentt!" nickte die Rätin lummervoll. „Aber da ist gestern abends nach dem Rosenkranz die Mathilde drunten g'wesen im Labele von der Monika. Und da war grad' die Frau Pfaffstaller und die Zirnhöld Anna auch drinnen. Und die haben's ab-g'red't miteinander —“ wieder blähte die Rätin ängstlich zu Agnes hinüber.

„Ab-g'red't! Was?" frug der Pater.

„Die Zirnhöld Anna hat ihn selber g'heht, den Franz, wie er die Raffener Lina abends, wie's dunkel war, heim begleitet hat!" fuhr die Rätin fort. „Die Mathilde hat's deutlich g'hört, wie sie's erzählt hat. Und wie die Zirnhöld dann die Mathilde g'sehen hat, dann hat sie die Frau Pfaffstaller mit'm Ellbogen g'stoßen und hat laut g'sagt: Stad sein, es sein Schindeln am Dach! Und dann haben die zwei laut zu lachen ang'fangen, daß sich die Mathilde so g'schämt hat, weil so viel Leut' im Labele war'n.“

Agnes hatte sich jetzt von ihrem Plage erhoben und war, ohne ein Wort zu sagen, eilig aus dem Zimmer gegangen. Bekümmert blähte ihr die Mutter nach.

„Weibergetratsch!" sagte der Pater ärgerlich. „Warum soll denn der Franz nit einmal ein andres Mädel zu Haus begleiten dürfen!"

Bewundert schauten die Rätin und Mathilde auf den Pater. Sie verstanden ihn nicht. Hier in dieser kleinen, frommen Stadt war es ein ungeheurer Vorfall, wenn ein junger Mann aus gutem Haus mit einem Mädel bei Nacht gesehen wurde. Und erst gar ein Mann, der mit einer andern so gut als verlobt galt.

„Ich versteh' Ihnen nit, Hochwürden!" sagte jetzt Mathilde, indem sie achlos ihre Arbeit beiseite warf und zu dem Tisch herüberkam. „Der Franz hat die Agnes ins G'red gebracht und ist ihr Rücklichten schuldig!" setzte sie leise hinzu.

„Freilich Rücklichten schuldig!" bestätigte die Rätin schüchtern. „Und man sagt, die Raffener Lina sei auch nit gar viel wert!" meinte sie bekümmert.

„Die Agnes schämt sich jetzt. Sie traut sich nit amal vor's Haus hinaus. Die Leut' werden bald mit Fingern auf sie zeigen!" erklärte die Mathilde in ihrem scharfen Ton.

„Ah was, seid's ös Weiberleut'!" rief der Pater un-wirsch. „Gleich aus einer Müd'n an Elefanten machen! Der Franz wird schon wieder kommen. Dann wird schon alles wieder recht werden!"

„Ja, sehen's, Hochwürden! Das ist's ja grad', was mich so bekümmert!" wandte nun die Berg-rätin leise und schüchtern ein. „Ich muß mich doch getäuscht haben mit dem Franz. Seit Jahren zieht er jetzt das Mädel herum. Er sagt nit, ob er sie gern hat oder nit gern hat. Und er könnt's doch sehen, wenn er nit ganz blind ist, wie sie an ihm hängt. Und die Mathilde hat noch was g'hört gestern, was wir der Agnes gar nit erzählt haben, weil sie sich so wie so schon soviel getränkt hat.“

Tragend schaute der Pater auf die vor ihm stehende Mathilde, die sich mit beiden Händen lässig auf die Lehne eines Sessels stützte.

„Die Zirnhöld Anna ist Rätin beim Senn, das wissen Sie ja, Hochwürden —“ berichtete die Mathilde. „Und die hat der Pfaffstallerin noch erzählt, daß schon seit ein paar Wochen die Lina Raffener sehr oft ins G'schäft kommt und dort irgend a' Reingeltet kauft. Und der Franz sei ganz verschossen in das Mädel. Das hab' sie deutlich bemerkt —“

„Sehen Sie, Hochwürden, das ist's eigentlich, was mir den meisten Kummer macht," unterbrach die Rätin ihre ältere Tochter. „Daß ich die Schuld bin, daß meine Agnes jetzt öffentlich lächerlich g'macht wird. Denn ich hab's gedubdet, daß der Franz zu uns kommt, weil ich glaubt hab', er hat sie auch gern. Und jetzt seh' ich, daß es doch ganz anders sein muß!" Nervös spielte die alte Dame mit dem Spigen ihrer schwarzen Zierhülle, die sie unarmherzig zerkrümelte. Mathilde stand noch immer hinter dem hohen Postersessel und sah erwartungsvoll auf den Pater.

(Fortsetzung folgt)

habe gebrochen werden müsse, sei es Pflicht der Reichstagskommission, den Einflüssen der rheinisch-westfälischen Großindustrie mit aller Macht zu widerstehen. Der angeleglichen Bureaukratisierung der Kassen sei schon dadurch die Spitze abgebrochen, daß das Laienelement an der Beschluß- und Spruchinstanz mitwirken solle. Auch in das Aufsichtsvorhaben müsse das Laienelement noch zugelassen werden. Als einen entscheidenden Fortschritt erkennt der Referent die Ausdehnung der Versicherungsspflicht auf weitere 7 bis 8 Millionen Personen an, wodurch annähernd der dritte Teil der Bevölkerung Deutschlands versicherungspflichtig wird. Scharf kritisiert es Medner, daß man die Versicherungsgrenze nicht auf 3000 Mk. hinaufsetze, aber die Regierung fürchte hier, einen höheren Zuschuß zu der dann ebenfalls steigenden Invalidenversicherung zahlen zu müssen. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die unteren Mittelstandsklassen sei dringend notwendig, da diese heute in der ärztlichen Versorgung tatsächlich schlechter gestellt seien als die versicherten Arbeiter. Ein sparen gerade auf diesem Gebiete sei verfehlt. Dann wendet sich Medner gegen die Beibehaltung der minderwertigen Gemeindefrankenkasse, die in der minderwertigen Landrentenkasse von neuem erstehen. Sie schädige nicht nur die betriebsförmigen Fortschritt im allgemeinen, sondern hemme auch den sozialen Fortschritt im allgemeinen. Auch hierbei seien politische Rücksichten maßgebend gewesen. Dann wendet sich Medner gegen die Dämpfung der Beiträge und des Vorstandes und erklärt, daß er als Arbeitgeber anerkenne, daß den Versicherern das Uebergewicht des Stimmrechts zukomme, da in deren Interesse die Versicherung geschaffen sei. Ohne das vorwärtzdrängende Element seien die Fortschritte in der Sozialpolitik nicht möglich gewesen. Deshalb sei es zu beklagen, daß die Reichstagskommission wenigstens an dem Uebergewicht des Stimmrechts der Versicherten festgehalten habe. Es sei nicht wahr, daß eine Majorisierung der Arbeitgeber stattfindet, die meisten Beschlüsse würden sogar einstimmig gefaßt. Durch die Abänderung des Stimmrechts beseitige man gewaltsam den Boden, auf dem bisher Arbeitgeber und Arbeiter friedlich miteinander gearbeitet hätten. Die bisherigen Erfahrungen drängen durchaus zu keiner Aenderung. Das Verhältniswahlrecht sei ein genügendes Ventil gegen irgendwelche Uebergriffe. Man solle selbstverständlich keine Parteipolitik treiben, aber was man treibe, das sei Politik gegen eine bestimmte Partei.

Der Zentrumsabgeordnete des Wahlkreises Regensburg, Freiherr v. Pletten, sucht in einer gewissen Erklärungs dargelegen, daß das Zentrum lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen der „Reform“ habe, er gibt zu, daß bis zu einer gewissen Grenze sich politische Einflüsse geltend gemacht hätten, das liege an den wirtschaftlichen Verhältnissen im Reich. Schuld an den politischen Einflüssen seien diejenigen, welche Parteipolitik mit wirtschaftlichen Fragen vermischt hätten. Wer das gewesen, sagte der Herr jedoch nicht.

Dann sprach Herr Dr. Koch über die Arzt- und Apothekerfrage. Medner ist der Ansicht, daß auch auf diesem Gebiete die Verschlechterungen überwiegen. Ein völliges Preisgeben der Grundzüge zum Nachteile der Kassen und zum Vorteile der Ärzte, eine Ueberspannung der ärztlichen Bestrebungen, jegliche Beilegung moralischer Grundzüge und Hervorhebung des nacktesten Interessentendruckes seien die hervorstechendsten Merkmale der ärztlichen Forderungen, die grundsätzlich auf die Honorierung nach Einzelleistungen auf Grund der preussischen Gebührenordnung hinauslaufen, wozu die freie Arztgewalt der erste Schritt sein solle. Der Begriff der ärztlichen Standesorganisation deckt sich heute mit der kritiklosen Zustimmung zu den Beschlüssen des Leipziger Kongresses. Deshalb sei an der Forderung festzuhalten, daß wirtschaftliche Fragen der ehrenrührigen Rechtsprechung entzogen würden. Die Vorlage bedeute eine ungerechtfertigte Parteinahme der Regierung zugunsten von Ärzten und Apothekern. Das Vertragsrecht der Krankenkassen müsse gewahrt bleiben. Was man den Krankenkassen biete, sei eine gesicherte Sicherstellung des Einkommens der Ärzte auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen.

Die Nachmittags-Sitzung

wird angefüllt mit den Referaten der Herren Maguan-Berlin über die Beamtenfrage und Ab. Koch-Berlin über die prophylaktischen Aufgaben der Kassen. Der erste Medner verweist insbesondere darauf, daß die künstlichen Entlassungen über ein früheres Vertragsmuster an die falsche Adresse gerichtet sei, denn dasselbe sei insbesondere zustande gekommen auf Grund einer Verfügung des Handelsministers v. Besel d aus dem Jahre 1898. Und wenn insbesondere das Zentrum den künstlichen Entlassungen spiege, so sei es über die Vorgänge in den eigenen Reihen nicht unterrichtet. Uebrigens sei das Vertragsmuster bereits 1908 geändert und auch jetzt lägen wieder Anträge auf Verrückung von Mängeln vor. Geradezu lächerlich sei es, daß man jetzt das als Terrorismus bezeichnen wolle, was eine Anzahl von Behörden genehmigt und unterzeichnet haben. Medner kennzeichnet die einzelnen Bestimmungen, welche der Entwurf bringt, als einen schweren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen.

Herr Koch erkennt an, daß die Erhöhung der Versicherungsrente auf 2500 Mark eine kleine Verbesserung ist, doch genüge sie bei den heutigen Zeitverhältnissen nicht. Er verbreitet sich dann eingehend über die Wohnungsmisere und den daraus resultierenden gesundheitlichen Schädigungen, ebenso geht er ausführlich auf den Wahnwahn- und Mutterwahn ein und fordert für weitere Ausdehnung des Schutzes die obligatorische Einführung sowie die Familienfürsorge. Durch die Verpflichtung der Krankenkassen gefahrte man den Fortschritt auf diesem Gebiete. Anzuerkennen sei, daß man endlich anerkannt habe, daß auch Mittel der Kasse zur Prophylaxe verwendet werden dürfen.

In der nunmehr beginnenden Diskussion spricht Herr Köhler-Leipzig (Arbeitgeber) seine Verwunderung darüber aus, daß man die Betriebskrankenkassen beibehalten hat, noch dazu in so jämmerlichen Gebilden. In der Diskussion der Beiträge bemerkt Medner, daß gegen die Einführung wenig zu sagen sei. Das Zusammenarbeiten sei jetzt ein Ideales und werde sicher „noch idealer“, wenn beide gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Der Vorsitzende Frähdorf gibt zur Frage der Arztwahl ein persönliches Resümee mit einem Herrn Dr. Mosbach aus Dresden bekannt, der wider besseres Wissen über ihn Unwahrheiten verbreitet habe lediglich zu dem Zwecke, um ihm den Vorstehenden des Verbandes zu treffen, und gibt weiter die Antworten der Arbeitgebervereinsmitglieder auf Grund einer Umfrage bekannt, woraus ersichtlich, daß die Arbeitgeber bis auf wenige Ausnahmen die Majorisierung in den Kassen bestreiten. — Müller-Sameln wünscht, daß die Reichstagskommission auch eine Mindestgrenze festsetzen möge, während Herr v. Frankfurt mit satyrischem Humor es geliebt, wie man das Volk mit dem „roten Lappen“ grüßeln mache. Seine Ausführungen rufen teilweise schallende Heiterkeit hervor. — Herr v. Plettenberg-Leipzig bekundet sich als Anhänger der freien Arztwahl und ist der Ansicht, daß sich bei einem guten Kontrollsystem auch damit auskommen läßt, daß hiermit aber bei keinem der folgenden Medner Unterstützung, vielmehr war man der Meinung, daß da, wo man gut mit der freien Arztwahl auskomme, es auf Kosten der Kranken geschehe. Auch noch zwei Arbeitgeber, Beyer-Köln und Geisler-Dof sprechen gegen ihn, dabei noch mehrere Vertreter der Versicherern.

Gewerkschaftsbewegung.

Großindustrielle Ausbeutung der proletarischen Arbeitkraft.

h. Vom mittelalterlichen Handwerksgehilfen, der beim Meister arbeitete so lange es Tag war, bis zu dem modernen Industriearbeiter, der nach 8 und 10 Stunden Arbeit die Fabrikräume verläßt, ist ein weiter Schritt. Und doch könnte man an dem in dieser Aenderung liegenden Kulturfortschritt zweifeln, wenn einmal genauer betrachtet wird, welche Kraftausgabe in den äußerlich so verschiedenen Arbeitszeiten erfolgt. Der Handwerksgehilfe arbeitete individuell, seine eigene Geschicklichkeit war der Maßstab seines Arbeitsquantums. Der Arbeiter von heute ist an einen Betriebsmechanismus gekettet, dessen Tempo er unbedingt einhalten muß. Eine ganze Wissenschaft arbeitet Tag und Nacht daran, vom Arbeiter auch die allerletzte Minute seiner Arbeitsfähigkeit dem Unternehmer nutzbar zu machen. Jetzt bringt die Zeitschrift Technik und Wirtschaft von dem Ingenieur S. West, der den Industrie-Amerikanismus an der Quelle studiert hat, einen Artikel über Arbeitszeitzähler.

„Die Bemessung der Arbeitsdauer an den einzelnen Arbeitsaufträgen ist in vier Teilstunden ausgedrückt und durch den Arbeiter selbst notiert ungenau, unrentabel und unvorzuziehbar.“ Unter diesem Motto beginnt der Artikel. Durch die genauesten Berechnungen, die den Arbeitslohn pro Stunde und die Kosten des Arbeitsplatzes für dieselbe Zeit zusammenrechnen und mit der durch den Arbeiter beim Eintragen der Herstellungsdauer für das einzelne Werkstück täglich insgesamt verbrauchten Arbeitszeit in Vergleich stellen, wird nachgewiesen, daß eine solche Kontrollmethode über die Arbeitsunkosten des einzelnen Produktes absolut unrentabel sei. „Hiernach ist die Schreiarbeit eines Arbeiters ungefähr so teuer, als wenn ein Direktor mit dem Gehalt von 12 000 Mk. sie selbst verrichten würde.“ So ist das Resultat dieses Exempels. Aus diesen Gründen sind die Großbetriebe zu dem Lohnschreiber gekommen, der täglich von Werkplatz zu Werkplatz geht und die Eintragungen macht. Auch dieser genügt dem Minutenausbeutungssystem der heutigen Großindustrie nicht mehr. West konstruierte nun, wahrscheinlich „um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen“, nach einem amerikanischen Muster einen Arbeitszeitzähler. Durch ihn werden die Stunden von Jahresbeginn fortlaufend mit 1, 2, 3 usw. gezählt. Dazu kommt dann noch eine Zehnteilung der Stunde. In den einzelnen Arbeitsfällen des Großbetriebes sind diese Uhren, die durch eine elektrische Zentrale bedient werden, aufgestellt. Der Arbeiter ist nach der Uhr gezwungen, die Eintragungen über die Dauer des Einzelstücks seiner Arbeit nach Zehntelstunden zu machen. Aber auch dieser Apparat genügt für die Zeitkontrolle im Großbetriebe noch nicht. Deswegen konstruierte West noch einen Arbeitszeitzähler, der die genauen Angaben gleich auf den Arbeitszettel druckt.

Durch dieses System, das überdies schon z. B. in den Kedarfulmer Fahrradwerken in Kedarfulm eingeführt ist, wird jede Zehntelstunde des Arbeiters genau auf die einzelnen Werkstücke verrechnet, sie bilden natürlich auch gleich die Kontrolle für zukünftige Arbeitszeiten, die dasselbe Produkt zu seiner Herstellung in den Händen des Arbeiters braucht.

Die Ausbeutung des Arbeiters war schon immer eine raffinierte, heute ist sie aber eine planmäßig betriebene Wissenschaft geworden, die, mit allen technischen Hilfsmitteln ausgestattet, dem Arbeiter mathematisch genau den Verbrauch jeder einzelnen seiner Arbeitsminuten nachweist.

Für die Arbeiter erwächst die Pflicht, um so energischer für eine Erhöhung der Löhne, für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Er ist ja bei dieser angestrengten, in jeder Zehntelstunde an das schnellste Tempo erinnerten Arbeit einer mit gleichmäßiger Kraft getriebenen Maschine vergleichbar. Der Unterschied ist nur der, daß für die Instandhaltung dieser aufs äußerste ausgenutzten Maschine der Arbeiter selbst sorgen muß.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Maurer!

Ueber den Bau der Unternehmer Weber u. Gramert (Poststraße) in Zwenkau, ist für Maurer die Sperre solange verhängt, bis die dort in Arbeit stehenden Kollegen den rüdfandigen Lohn erhalten haben. Der Vorstand des Zweigvereins Zwenkau.

Deutsches Reich.

Das Kriegsministerium spart bei den Arbeitern!

Der preussische Kriegsminister scheint sich plötzlich die Vorwürfe über die wachsenden Unkosten für das Militär zu Herzen genommen zu haben, und deswegen suchte er eine Gelegenheit, sparen zu können. Er fand sie ausgerechnet bei den 220 Zuschneidern und Schneidern des Bekleidungsamtes des Gardekorps. Der Betrieb (Bekleidungsamt) wird durch Offiziere geleitet, und durch Unteroffiziere und Feldwebel, die aus dem Schneidergewerbe hervorgegangen sind, beaufsichtigt. Die Schneider stehen, wie in der Privatindustrie, im Dienstvertrag, sie haben 14tägige Lohnzahlung und Kündigung. Der Betrieb baut sich auf Alfordlohn auf. Jetzt wurde plötzlich dem „Arbeiterauschuß“ mitgeteilt, daß vom 9. August an bei den Zuschneidern „gespart“ werden würde. Und zwar aus dem Grunde, weil in diesem Frühjahr der Reichstag über die neuere Erziehung bei den Bekleidungsämtern gesprochen habe! Es wird immer mehr üblich, den Arbeitern durch ein solches System den Reichstag als Missetäter vorzuführen. Für die Uniformstoffe, wie sie jetzt in der Armee eingeführt werden — grüne Felduniform — werden zurzeit noch 9.25 Mk. gezahlt. In der 14tägigen Lohnzahlungsperiode stellt ein geschickter Militärschneider davon 8 Stück her; für jedes soll ihm vom 9. August ab 75 Pfg. abgezogen werden. In den 14 Tagen hat der Arbeiter noch 1.06 Mk. Ausgaben für Kranken- und Invalidenversicherung, und außerdem 1.70 Mk. für Zutaten, die die Beförderung nicht liefert. Die Pofenschneider haben insgesamt sogar rund 5 Mk. solcher Ausgaben aller 14 Tage! Da den Zuschneidern also bei jedem Stück 75 Pfg. abgezogen werden sollen, und im Bekleidungsamt des Gardekorps jährlich 40 000 Röcke gemacht werden, so ergibt das die nette Summe von 30 000 Mk. Ersparnis an den Arbeitern!

Wenn der Kriegsminister glaubt, mit solchen Geschäftigkeiten gegen die Arbeiter und gegen den Reichstag die parlamentarische Kritik an den militärischen Wirtschaftsbetrieben einschränken zu können, so ist er auf dem Holzwege. Nicht an den Arbeiterlöhnen sollte gespart werden, sondern an den anderen enorm hohen Betriebsausgaben, vornehmlich an der Beamtenschaft. Das wird dem Kriegsminister im kommenden Winter deutlich genug gezeigt werden.

Unternehmerterrorismus.

Die Strafkammer in Karlsruhe i. N. bestätigte das erstinstanzliche Urteil des Schöffengerichts, wonach der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes, Obermeister Karl Marx aus Frankfurt a. M., und der ebenfalls in Frankfurt a. M. wohnende Geschäftsführer dieses Verbandes, Ludwig Jermes, zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt wurden. Bei einem Lohnkampf der Karlsruher Metzgergehilfen, bei dem es sich um die Anerkennung des Tarifs handelte, schrieben die Angeklagten an drei Karlsruher Innungsmeister, die den Tarif anerkannt hätten, sie würden öffentlich gedemütigt, falls sie ihre Zusage, die sie den Gesellen gegeben, nicht zurücknahmen. Es würde vor allem dafür gesorgt, daß die Dissidenten keine Warenlieferung an Behörden mehr erhielten. Das Gewerkschaftsstellbrotam von diesem Brief Kenntnis und übergab ihn der Staatsanwaltschaft, da alle Merkmale — Drohung und Schädigung — vorlagen, welche sonst den Arbeiter unter Anklage bringen. Marx und Jermes mußten sich zunächst vor dem Schöffengericht Karlsruhe verantworten. Dieses verurteilte jeden der Herren zu je einem Tag Gefängnis. Darob war man in Innungskreisen aus dem Häuschen, man legte sofort Verurteilung ein mit dem eingangs erwähnten Erfolg. Arbeiter, die eine derart unverschämte und brutale Drohung ausgesprochen hätten, wären kaum so billig weggekommen. Bei Arbeitern weiß die Justiz anders zuzufassen.

Christliche „Opferwilligkeit“.

So oft die freien Gewerkschaften für Streikzwecke freiwillige Beiträge gesammelt haben, sind in Zentrumsblättern auch Artikel erschienen über die Verpönerung von Arbeitergroßen durch die „roten Streikbrüder“. Dieses dumme Geschwätz der ultramontanen Presse ist nicht ohne Folgen geblieben. Zugunsten der ausgesperrten Bauarbeiter hat auch der Verband südbayerischer katholischer Arbeitervereine eine Sammlung unter seinen angeblühn mehr als 100 000 Mitgliedern veranstaltet. Das Resultat ist aber geradezu lässlich. 218 Mk. wurden insgesamt zusammengebracht. Das Verbandsorgan muß zugeben, daß die Sammlung die Erwartungen keineswegs erfüllt hat. Es sagt, man müsse aus der Bauarbeiterbewegung lernen, daß eine Erziehung zu größerer Opferwilligkeit nötig sei. Die christlichen Gewerkschaften haben jetzt einmal einen deutlichen Beweis erhalten, daß die Droge gegen die freien Gewerkschaften nur der christlichen Arbeiterbewegung schadet!

Streik in der Rathenower Stuhl- und Kartonnagenindustrie.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifes trat am Montag die große Mehrzahl der in der Stuhl- und Kartonnagenfabrikation in Rathenow beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Die hauptächlichsten Tarifforderungen sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, ein Minimallohn von 23 Mk. für männliche Arbeiter, 12 Mk. für weibliche Arbeiter, bei Akkordarbeit 10 Prozent Aufschlag; die Unternehmer boten 5 Prozent Lohnaufschlag, verweigerten aber jedes Entgegenkommen auf der Grundlage des Tarifs. In Frage kommen ca. 200 Arbeiter und Arbeiterinnen, die fast sämtlich dem deutschen Buchbinderverband angehören. Zwei Geschäfte haben die Forderungen bereits bewilligt.

Zum Kampf in der westfälischen Metallindustrie.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Hagen hatten im Kollegium den Antrag gestellt, die ausgesperrten Metallarbeiter durch Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Die freisinnige Mehrheit lehnte diesen Antrag ab und sahte den Beschluß, telegraphisch den Regierungspräsidenten um Vermittlung in dem Kampfe zu ersuchen. Hier hätten die freisinnigen sogenannten Realpolitiker doch wieder einmal Gelegenheit gehabt, zu zeigen, ob sie wirklich für die Arbeiter etwas tun wollen. Sie haben aber, wie in der Regel, auch in diesem Falle versagt.

Die Gewerbevereinswahl in Aachen, dieser Hochburg des Zentrums, brachte den freien Gewerkschaften einen sehr beachtenswerten Erfolg. Von 3800 Wahlberechtigten stimmten 2888 ab. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 708, auf die der christlichen 1503 Stimmen. Die Christlichen dagegen seit der vorigen Wahl um 58, die freien Gewerkschaften dagegen um 214 Stimmen zugenommen.

Ausland.

Der sechste österreichische Gewerkschaftskongress

wird von der österreichischen Gewerkschaftszentrale am 17. Oktober und folgende Tage nach Wien einberufen. Außer geschäftlichen Angelegenheiten und Wahlen stehen Referate über den Kampf um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation, über die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen, über die Tätigkeit des Arbeitsstatistischen Amtes und über die Sozialpolitik im Parlament auf der Tagesordnung des Kongresses.

Bewegung der italienischen Eisenbahnen.

Da der Unterrichtsminister Sacchi bisher noch gar nicht auf das Memorandum der verschiedenen Kategorien der italienischen Eisenbahner reagiert hat, herrscht unter dem Personal der Staatsbahnen große Unzufriedenheit. Die römische Sektion des Eisenbahnerverbandes hat eine Versammlung abgehalten, aus der hervorgeht, daß die Eisenbahner nachgerade am Rande der Geduld sind. Wenn das Ministerium sich nicht zu einer anderen Stellungnahme entschließt, erscheint eine größere Bewegung und sogar ein Streik des Personals der Staatsbahnen nicht ausgeschlossen.

Bauarbeiterstreik in Bosnien. In Serajewo (Bosnien) sind etwa 1200 Maurer, Zimmerleute und Arbeiter im Bauergewerbe in den Ausstand getreten. Gerüchten zufolge steht ein allgemeiner Ausstand bevor.

Eingelaufene Schriften.

Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten. Herausgegeben vom Vorstande des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Jährlich 4 Hefte von je 8 Bogen Umfang; zum Preise von 6 Mark. Berlin NW. 52, Industriebeamten-Verlag G. m. b. H.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:
Speiseanstellung I (Johannplatz): Weiße Bohnen mit Schotenkehl.
Speiseanstellung II (Zehnerstraße): Weiße Erbsen mit Wiener Nudeln.
Speiseanstellung III (Wägenstraße): Weikraut mit Schylenkehl.
Speiseanstellung IV (Ziegelstraße): Spinat mit Hühnerkehl.
Speiseanstellung V (Wagner Str. 55): Spinat mit Hühnerkehl.
Speiseanstellung VI (Neus. Hallische Str.): Nischgemüse mit Schylenkehl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittgensteins.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Politische Uebersicht.

Im alten Stil.

Das persönliche Regiment in Deutschland hat, wenn sich eine Meldung der englischen Zeitung Daily Chronicle aus Newport bewahrheitet, woran vorläufig kaum zu zweifeln ist, wieder einmal einen großen Triumph zu verzeichnen. Das genannte Blatt berichtet nämlich:

Die gestern erfolgte Veröffentlichung eines eigenhändigen Handschreibens Kaiser Wilhelms an den Präsidenten von Nicaragua, Herrn Madriz, datiert vom 20. April d. J., hat in Amerika lebhafteste Kommentare hervorgerufen. Man betrachtet das Schreiben als einen ersten Schritt zur Herbeiführung besserer und engerer Beziehungen zwischen Deutschland und den Zentralamerikanischen Republiken, um Deutschland dort eine Kohlenstation zu sichern, ein Vorschlag, der von Deutschland im Laufe der letzten Jahre verschiedene Male an die einzelnen Staaten Mittelamerikas gerichtet wurde. Die Nordamerikaner haben immer mit Misstrauen jede Annäherung zwischen Deutschland und den mittelamerikanischen Staaten betrachtet und dieses Schreiben des Deutschen Kaisers, in dem er den Präsidenten Madriz seinen guten Freund nennt, wird hier als ein Zeichen dafür angesehen, daß der Kaiser in den nicaraguaischen Wirren zu intervenieren wünsche, zu einer Zeit, wo Nicaragua den Nordamerikanern den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Der fragliche Brief erklärt, daß Präsident Madriz das volle Vertrauen Kaiser Wilhelms besitze und daß die deutsche Regierung wünsche, in bessere Beziehungen zu Nicaragua zu treten. Dieser Brief, obwohl lediglich eine Formsache, wird als eine Gefahr betrachtet in dem Moment, der als der ungünstigste bezeichnet werden muß. Ein weiteres Telegramm des Daily Chronicle aus Washington besagt, daß das Schreiben als eine Herausforderung an die Vereinigten Staaten angesehen werde. Man sei überzeugt, daß die Haltung Deutschlands mehr und mehr eine anti-amerikanische werde.

Nach einer weiteren Depesche der Newyorker United Press aus Washington soll Deutschland den Präsidenten Madriz als Regierung von Nicaragua anerkannt haben. Die Depesche greift dann auf die nunmehr völlig aufgegebenen amerikanischen Ausstellung in Berlin zurück.

Diese bis jetzt vorliegenden Meldungen sind noch ziemlich unklar und geben insbesondere keine genaue Auskunft über den Inhalt des kaiserlichen Handschreibens. Soviel geht aber schon jetzt daraus mit ziemlicher Gewißheit hervor, daß Wilhelm II. wieder einmal auf eigene Faust Politik gemacht und damit die deutsche Regierung in eine böse Tinte hineingeritten hat. Es wäre jedenfalls interessant, zu erfahren, ob sich Wilhelm II. auch gegenüber seinem jetzigen Kanzler Bethmann-Hollweg noch an das Versprechen gebunden fühlt, das er aus Anlaß der Novemberdekret 1908 dem Fürsten Bülow gab, daß er nämlich „seine vornehmste Aufgabe“ darin erblicke, „die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern“.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Polizei gegen — Freiligrath!

Was waren doch die sächsischen Polizeigewaltigen der achtziger und neunziger Jahre für jammervolle Stümper gegen den Breslauer Polizeipräsidenten, der soeben wieder einmal halb Europa zum Lachen reizt. Er schickte nämlich am vorigen Sonntag zwei Polizisten in die Freiligrath-Feier unserer Breslauer Genossen, um sie zu überfallen! Und zwar, wie die beiden wichtig erklärten, weil die künstlerische Feier eine — öffentliche politische Versammlung sei! Die Drohung des Leiters der Feier, Genossen Albert, sie sofort hinausweisen zu lassen, beantworteten sie mit der Androhung der sofortigen Auflösung der „Versammlung!“ Und den Hinweis, daß doch genau solche Feiern im Juni in Duzenden von deutschen Städten ohne polizeiliches Eingreifen abgehalten worden seien, verstand der Ueberwachende gar nicht einmal. Wie, das sollte möglich sein? Ohne Polizei? ... Um nicht die Veranftaltung zu gefährden, ließ man schließlich, der Gewalt sich fügend, die Polizisten im Saale, setzte sie aber zum Gaudium der gesamten Teilnehmer an den für die „Mitwirkenden“ reservierten Tisch, worüber sie nicht ganz erbaut schienen. Gegen diese Glanzleistung der Polizei ist sofort Beschwerde eingelegt worden.

Es berührt doch höchst angenehm, wieder einmal zu sehen, wie sich die Herrschenden vor seinen Peitschenhieben noch ebenso fürchten, wie zur Zeit, da zur Marionette sank, der eben noch ein Komödiant war. Und wenn Europa in diesen Tagen das Breslauer Polizeistückchen belachen wird, werden Millionen mit uns bedauern, daß der Trompeter der Revolution schon tot ist, daß er uns nicht den Zorn und Spott seines Harfenspiels leihen kann, um die Rückständigkeit gerade der Breslauer Polizei vor aller Welt in kraftvollen Versen zu geißeln.

Aber bei dieser einen Leistung bleibt die Polizei nicht stehen. Sie hat im Bunde mit der Staatsanwaltschaft gegen unser Breslauer Parteiorgan eine große Staatsaktion eingeleitet, weil es — Freiligraths prächtigstes Gedicht: Die Toten an die Lebenden abgedruckt und mit einer Fußnote versehen hatte! Nach Ansicht der Breslauer Polizei und Staatsanwaltschaft ist der vermalebte rote Jakobiner im Jahre 1848 von den Düsseldorfer Geschworenen völlig zu Unrecht freigesprochen worden. Es ist deshalb nicht mehr wie recht, daß der Verbreiter seiner glutroten Verse zum Wollspinnen verdonnert wird! — Über Scherz beiseite, Herr Polizeikapitän von Breslau! Was soll denn jetzt noch folgen? Fürchten Sie nicht, daß nicht mehr Übertreffen zu können? Verschießen Sie nicht Ihr ganzes Pulver: Europa braucht Nachpillen!

Reichstagswahlkämpfe.

Am Sonntag fand in Dattlingen eine Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei im Wahlkreis Völsam statt, die einen Einblick in die künftige Taktik der Nationalliberalen im Kreise und im westlichen Industriegebiet überhaupt gestattet. Der Landtagsabg. Dr. Haarmann-Witten, der auch Reichstagskandidat ist, referierte über die preussische Wahlreform und betonte dabei, daß man, falls die Regierung mit einer neuen veränderten Wahlrechtsvorlage vor das Parlament treten werde, alles daran zu setzen habe, die Reformen zu erreichen, mit denen der aufgemäßigteste Boden stehende Liberalismus sich ohne Verletzung seiner

Grundsätze einverstanden erklären könne. Was für „Grundsätze“ das sind, hat Herr Haarmann nicht verraten, es war das allerdings auch nicht notwendig, da gerade die Nationalliberalen des Rheinisch-westfälischen Industriebezirks bei dem Geizt um die Rheinische „Reform“ keinen Zweifel über ihre erektionären Wünsche gelassen haben. Den Herrschaften waren bekanntlich die reaktionären Beschlüsse des schwarz-blauen Blocks noch viel zu fortschrittlich.

Es sprach dann noch der nationalliberale Generalsekretär S. G. A. Er erwähnte in seinem Referat auch das Verhältnis der Nationalliberalen zu den übrigen Parteien. Nach seiner Ansicht ist eine Wiederannäherung der alten Blockparteien wünschenswert. Allerdings werde man sich von nationalliberaler Seite nicht an die Konservativen herandrängen; doch wolle man die Hand gern annehmen, wenn sie geboten werde. Von anderer Seite dränge man nach links; man wünsche unter allen Umständen ein Zusammengehen mit dem Freisinn; vielfach werde auch ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie besprochen. Dieser Annäherung an die Sozialdemokratie müsse aber ganz entschieden widerstanden werden. Um erfolgreich zu kämpfen, brauche die nationalliberale Partei im Industriegebiet den letzten Wähler, der nicht zur ultramontanen und nicht zur sozialdemokratischen Fahne schwört; daraus ergebe sich das Gebot, Sammelpolitik zu treiben. Es müsse alles vermieden werden, was Zerspaltung in die nationalliberalen Reihen bringt. Aus diesem Grunde müsse auch bei der Auswahl des Kandidaten für die nächste Reichstagswahl mit alleräußerster Vorsicht verfahren werden, um nicht den Christlich-Sozialen oder den Freisinnigen Anlaß zur Aufstellung von Sonderkandidaturen zu geben. Es sollen, wie Herr Dr. Haarmann noch ausführte, Arbeiterkandidaten „hinterm Ausbiss weg oder aus der Grube heraus“ aufgestellt werden. Diesen Luxus können sich die nationalliberalen Herrschaften um so eher leisten, als ohnehin keine Aussicht besteht, daß diese Sorte „Arbeiterkandidaten“ gewählt werden könnten. Vorläufig dürfte es allerdings auch noch sehr zweifelhaft scheinen, ob man solche Arbeiterkandidaten, die gleichermäßen das Entzücken der nationalliberalen Schlotbarone, wie der freisinnigen Kleinbürger und christlich-sozialen Demagogen sind, überhaupt aufreiben kann.

Die übrigens die Wollische Zeitung berichtet, ist der erste Versuch, eine solche Sammelkandidatur im Kreise Hagen-Schwelm zustandzubringen, gescheitert. Das Mandat des früher von Eugen Richter vertretenen Kreises befindet sich seit dessen Tode in den Händen des freisinnigen Hagenener Oberbürgermeisters Cuno. Da unsere Genossen bei den letzten Wahlen den Freisinnigen bereits sehr nahe aufstell gerückt waren, sträubten sie offenbar nicht mit Unrecht, daß ihnen dieser alle Sitz ihrer Partei verloren gehen könnte, und sie suchten sich deshalb die Hilfe der Nationalliberalen zu sichern. Diese verlangen aber nicht nur ein wesentliches Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl des Kandidaten, sondern auch entsprechende Kompensationen bei der Besetzung der Landtagsmandate, sowie ein kommunales Gebiet, und zwar nicht nur für sich, sondern auch für die eventuell in Frage kommenden übrigen Kompromissparteien. Ueber diese unverschämten Forderungen sind die Freisinnigen einigermaßen verschmupft, und die edlen Schachherbrüder sind jetzt nicht gut aufeinander zu sprechen. Da den Freisinnigen aber das Meiste an der Reule sitzt, betont die Wollische Zeitung, daß ihre Parteigenossen auf das Verlangen der Nationalliberalen nicht mit einem runden Nein geantwortet hätten, obwohl sie die Taktik der Nationalliberalen bereits durchschauten, die darauf hinausgeht, die Fortschrittlichen gänzlich auszuschalten und den Kreis Eugen Richters an sich zu reißen. Man wird sich also schließlich doch noch vertragen lernen.

Steuereform in Preußen.

Ueber die Grundsätze der neuen Einkommensteuernovelle in Preußen teilt eine Korrespondenz folgende Einzelheiten mit: Der Entwurf, der noch vom Finanzminister v. Meindobien entworfen ist, und von dem neuen Minister in der Hauptsache übernommen wird, sieht neben neuen Steuerstufen auch eine Neuregelung des Veranlagungswesens vor, um die Steuerhinterziehungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Bekanntlich hatte der Landtag im Frühjahr 1909 zur Deckung der Mehrbedürfnisse aus der Beamtengehältsvorlage eine Steuernovelle verabschiedet, die eine sehr willkürliche Erhöhung der Einkommensteuern vorsieht. Zuschläge wurden vorgesehn von 5, 10, 20 und 25 Proz. ohne alle Zwischenstufen. Diese Zuschläge sollen nicht abgeschafft werden, denn die Vorbedingung für ihre Schaffung besteht nach wie vor, daß der Tarif soll aber in den Zwischenstufen reichhaltiger ausgestaltet werden und dadurch angeblich auch in den einzelnen Steuerleistungen ausgleichender wirken. Beachtet ist auch, den früher vom Landtag nicht befolgten Grundsatz, die unteren Steuerstufen bis 1800 Mk. möglichst nicht durch Zuschläge zu belasten, wieder aufzunehmen. Nach der Regierungsvorlage von 1909 sollte ein Zuschlag erst von 7500 Mk. ab erhoben werden, während der Landtag bereits Einkommen von 1200 Mk. mit einem Zuschlag belegte. Man hofft, durch das neue Veranlagungsverfahren den Ertrag aus den Einkommen- und Ergänzungssteuern zu erhöhen, indem Einrichtungen getroffen werden, die eine reelle Einschätzung des Einkommens und des Vermögens bedingen.

Es muß sehr saul stehen mit der Realität der bisherigen Einschätzungen.

Reichsversicherungsordnung.

Die Kommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom Montag bei § 405 mit der Frage, ob der Vordarbeiter, wenn er der Ueberweisung in das Krankenhaus nicht Folge leistet, den Anspruch auf Krankengeld verliert. Unsere Genossen wendeten sich mit Entschiedenheit gegen diese Ausnahmestimmung für die Vordarbeiter. Es sei eine Härte, einen Menschen zu zwingen, in das Krankenhaus zu gehen, und ihn zu bestrafen. Auf Antrag des Zentrums wird schließlich bestimmt, daß in solchen Fällen nur die Hälfte des Krankengeldes an den Versicherten gezahlt wird. In den folgenden Paragraphen soll der Landkrankenklasse das Recht gegeben werden, das Hausgeld, das die Angehörigen des Versicherten erhalten, wenn er in das Krankenhaus gebracht wird, niedriger bemessen oder gänzlich beseitigen zu können. Auch diese ungünstige Stellung, die nur den Vordarbeitern zugemutet wird, wird leider durch die Beschlüsse der Kommission nicht beseitigt, sondern nur gemildert, indem man beschließt, daß das Hausgeld bis auf die Hälfte herabgesetzt werden kann.

Die Kommission geht hierauf zu der Krankenversicherung der Dienstboten über. Der § 403 gestattet der obersten Verwaltungsbehörde, anzuordnen, daß die Krankenkasse für Dienstboten nur Krankenhauseinweisung gewährt, alle anderen Leistungen aber ablehnt. Es würde also ein Dienstbote in häuslicher Behandlung keine ärztliche Hilfe und kein Krankengeld bekommen. Unsere Genossen wollten die Streichung dieser Bestimmung, drangen aber nicht durch, da das Zentrum einen Antrag zur Annahme brachte, wonach, wenn der Arzt sie nicht für notwendig hält und Dienstherr und Dienstbote nicht die Krankenhauseinweisung fordern, die Krankenkasse in diesem Falle Krankengeld und ärztliche Hilfe gewähren muß.

Im § 405 soll dem Dienstherrn das Recht gegeben werden, zu veranlassen, daß der kranke Dienstbote in das Krankenhaus

überführt wird. Von unsern Genossen wird beantragt, daß auch auf Wunsch der Dienstboten die Aufnahme in das Krankenhaus erfolgen muß. Dem stimmt die Kommission zu.

Eine weitere Bestimmung des Paragraphen will für Dienstboten die Krankenhauseinweisung nur so lange gewähren, als der Dienstherr nach bürgerlichem Recht verpflichtet ist, für den Dienstboten zu sorgen. Das dauert bekanntlich sechs Wochen. Von unsern Genossen wird die Streichung der Bestimmung verlangt und betont, daß hier eine schwere Ungerechtigkeit gegen die Dienstboten verübt wird. Wie kann man einen Dienstboten aus dem Krankenhaus ausweisen, der noch der Pflege bedarf! Nach langer Debatte wird nach unserm Antrag dieser Absatz des Paragraphen gestrichen.

Berlin, 12. Juli. Ein im Reichsschatzamt ausgearbeiteter Entwurf einer Zoll-Lagerordnung ist den Regierungen der Bundesstaaten übermittle worden und wird von ihnen demnächst den Handelskammern zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Entwurf bringt grundsätzliche Neuerungen nur für die Zollbehandlung der Warenumschließungen; im übrigen stellt er im wesentlichen eine organische Verschmelzung des Niederlage-Regulativs, des Privatlager-Regulativs und des Konten-Regulativs dar, womit er das bisher etwas planlos ausgebaute Zoll-Lagerwesen einheitlich gestaltet.

Zur Reichsversicherungsordnung. Der Verband der politischen Bauernvereine in Westpreußen beschäftigte sich auf seiner Generalversammlung, die am 7. Juli in Tuchel tagte, mit der Reichsversicherungsordnung. Nach dem Referate des praktischen Arztes Dr. Karastewicz wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die am 7. Juli 1910 in Tuchel versammelten Delegierten der westpreussischen Bauernvereine verlangen, daß die Landkrankenstellen gleich den Ortskrankenstellen Selbstverwaltung besitzen müssen. Sollte diese Forderung unberücksichtigt bleiben, so verlangen sie die Verwerfung des ganzen Gesetzes, das für die Landwirte nur eine Last bedeuten würde.“ Der Verband umfaßt zurzeit 78 lokale Vereine.

Den Junkern wird diese Stellungnahme einer großen Bauernorganisation höchst unangenehm sein, kommt doch dadurch klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Selbstverwaltung der neuerschaffenden Landkrankenstellen nicht von der landwirtschaftl. treibenden Bevölkerung ausgeht, sondern ausschließlich in der Furcht der Großgrundbesitzer vor der selbständigen Betätigung ihrer Lohnsklaven ihren Grund hat.

Kein Diamantenschmuggel. Die Nachricht der Berliner Zeit am Montag, daß man in Südwestafrika einem Millionen-Diamantenschmuggel auf die Spur gekommen sei, wird offiziös demontiert. Dem Kolonialamt sei nichts von solchen Schmuggeln bekannt, bei der vorliegenden Nachricht scheine in Verbindung mit dem längst bekannten Falle des Ingenieurs Heim ein wenig Wahrheit mit viel Phantasie zu einer Sensation ausgebauht zu sein. Dafür, daß so Ungeheuerliches vorkommen sollte, sei die Aussicht jetzt zu scharf.

Aus dem badischen Landtag. Die Zweite Kammer lehnte die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung, sowie die Erhöhung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldentilgungskasse von 2 auf 4 Millionen ab angefaßt der wirtschaftlichen Lage und der bevorstehenden Wahlen. Im Laufe der Debatte hatte Ministerialdirektor Goeller nachdrücklich auf den Ernst der Finanzlage, insbesondere auf den ungünstigen Stand der Eisenbahnfinanzen, hingewiesen und erklärt, daß die Regierung in nächsten Landtage ihre Vorschläge wiederholen werde.

Von der Kommission der Ersten Kammer ist der von der Volksvertretung verabschiedete Gesetzentwurf über die Reform der badischen Städte- und Gemeindeordnung so verhandelt worden, daß er voraussichtlich scheitern wird. Alle von der Zweiten Kammer beschlossenen Verbesserungen sind von den erlauchten Gesetzgebern gestrichen worden, und es ist ziemlich sicher, daß auch das Plenum sich auf diesen Standpunkt stellen wird. Wenn dies geschieht, ist alle „staatsmännische Weisheit“, die in so überreichem Maße bei den monatlichen Vorberatungen über den Gesetzentwurf von den badischen Volksvertretern ohne Unterschied der Parteien zutage gefördert wurde, umsonst vergeudet worden.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstagswahlkreis Kassel-Doberan, der seit den Pottentottenwahlen nationalliberal vertreten ist, haben die Freisinnigen den Generalsekretär Fischer-Steglich als Kandidaten aufgestellt. — In einer halbamtlichen Mitteilung wird erklärt, daß der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsstruppen im Schaumagebiet, General Moirier, welcher nach Paris berufen wurde, höchstwahrscheinlich nicht mehr nach Casablanca zurückkehren werde.

Dreihundert Bewaffnete vom Kaiserlichen Stamm haben gestern Joppan angenommen; sie wurden ohne Widerstand von der dortigen Bachtarenabteilung, die mit Serdar Abdas Politik unzufrieden sein soll, eingelassen. — Das Wahlkollegium hat Porfirio Diaz zum Präsidenten und Ramon Corral zum Vizepräsidenten von Mexiko wiedergewählt. — Die Kriegsschiffe der Seemächte, die vor einigen Tagen in Ancon eintrafen, sind nach der Subadal zurückgekehrt und werden dort stationiert bleiben. — In Savanna wurden sieben Personen verhaftet, bei denen man Beweise gefunden haben will, daß sie eine Revolution plant; weitere Verhaftungen stehen bevor.

Frankreich.

Der Fall Rosette in der Abgeordnetenkammer.

Paris, 11. Juli. Die Deputiertenkammer beriet heute die Interpellation betreffend die Verhaftung des Bankiers Rosette im Jahre 1908. Jaurès erklärte, Rosette sei damals gefallen, weil er sich den Doh des finanziellen Generalstabes der großen Gesellschaften, die auf die öffentliche Gewalt Einfluss ausübten, zugezogen habe. Er behauptete, Rosette sei auf die von der Polizei fabrizierte Klage eines fingierten Aktionärs hin verhaftet worden, und fordere, daß man diejenige ausfindig mache, die sich damals durch Baiffe-Spekulationen bereichert hätten, weil sie von der Verhaftung Rosettes Kenntnis gehabt hätten. Jaurès kritisierte sodann das Verhalten des Polizeipräsidenten Lépine, machte Briand den Vorwurf, daß er erklärt habe, in dem Falle Rosette sei alles in Ordnung, und schloß mit der Forderung, man solle gegen die Gerichtsbehörden und die Polizei einschreiten. — Nachdem Briand erwidert hatte, beantragte Jaurès die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Raynaud brachte eine Tagesordnung ein, die die Regierung das Vertrauen der Kammer ausdrückt. Briand erklärte, persönlich sei er gegen die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission; da ihm aber in dieser Angelegenheit gemüßigtermaßen die Mitschuld vorgeworfen werde, könne er die Ernennung einer solchen Kommission nicht ablehnen. Dagegen widerspreche er dem, daß die Kommission richterliche Befugnisse erhalten solle. Als Tagesordnung nehme er nur die von Raynaud eingebrachte an und mache aus ihrer Annahme eine Vertrauensfrage. Die Tagesordnung Raynauds wurde hierauf mit 305 gegen 85 Stimmen und dann mit 308 gegen 100 Stimmen ein Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern zu ernennen, die über die Umstände Klarheit

Waffen soll, die der Verhaftung des Bankiers Rostke voranzugingen, sie begleiteten und ihr folgten. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Großbritannien.

Das Frauenwahlrecht im Unterhaus.

London, 11. Juli. Im Unterhaus begann heute die Diskussion über den Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung des parlamentarischen Wahlrechts auf die Frauen. Die Parteigegenstände waren bei der Beratung vollständig verwischt, der Entwurf wurde zunächst von der Arbeiterpartei und den Konservativen unterstützt, dann aber von den Konservativen und den Liberalen bekämpft. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Nordamerika.

Der allamerikanische Kongress.

London, 12. Juli. Wie berichtet wird, messen die Vereinigten Staaten dem allamerikanischen Kongress, der heute in Buenos Aires eröffnet wird, große Bedeutung bei. Die Sitzungen des Kongresses werden wahrscheinlich sehr bewegt sein, da viele Delegierte über die Haltung der Vereinigten Staaten in den Kämpfen von Venezuela, Nicaragua und Peru sowie deren Nachbarländern sehr unzufrieden sind. Der Vertreter der Vereinigten Staaten hat den Auftrag erhalten, dem Kongress den Vorschlag zu machen, alle Differenzen unter den amerikanischen Staaten dem Panzer Schiedsgericht zu unterbreiten.

Sächsische Angelegenheiten.

Vom Jammer des Amtsblattschreibertums.

Man schreibt uns:

Recht mittelalterliche Ansichten über den Beruf der Presse scheinen in dem sächsischen Fabrikstädtchen Rostweim unter den Stadtverordneten zu bestehen. Das dortige Tageblatt, das den zweifelhaften „Vorzug“ besitzt, Amtsblatt zu sein, hatte in der letzten Zeit verschiedentlich Stimmungsbilder aus den Sitzungen der Stadtväter gebracht. Das positiv den rückständigen Herrschaften, die sich in mangelnder Selbsterkenntnis auch noch in ein gut nationalliberales Mäntelchen hüllen, nicht in den Kram, und in der jüngsten Sitzung zogen sie weiblich gegen das Blatt zu Felde, wiewohl zu solchem Eifer für den Urteilsfähigen eigentlich kein Grund erkennbar ist, denn die Amtsblatteigenschaft verbietet es dem Blatte strengstens, etwa vorhandenen freizeithlichen Neigungen nachzugehen. Nun war in den erwähnten Stimmungsbildern allerdings gelegentlich eine summarische Ruance enthalten, und das deutete den Herren — es sind zumeist Fabrikanten — einfach ungeheuerlich. Sie verlangten kurz und bündig, daß das Blatt nur berichten, aber keineswegs eine eigene Meinung vertreten solle. Der Vizevorsitzer, der den Vorsitz führte, hatte sogar die Stirn, das Blatt indirekt einer Fälschung zu bezichtigen, indem er behauptete, eine von ihm herrührende Äußerung, die nach dem Stenogramm wiedergegeben war, sei falsch gebracht worden. Er hatte sich nämlich ein paar recht dumme Bemerkungen gegen einen Beamten erlaubt und empfand es nun natürlich recht unangenehm, daß seine Entgleisungen durch die Presse weiteren Kreisen bekannt wurden. Ein anderer Stadtvater stellte das sonderbare Verlangen, daß die Zeitungsberichte, bevor sie veröffentlicht würden, erst den Stadtverordneten vorgelegt werden müßten. Den vernünftigsten Standpunkt nahm in der Debatte der Bürgermeister ein, ein früherer konservativer Landtagsabgeordneter. Er setzte den „liberalen“ Herren auseinander, daß die Geschäftsordnung zu solchem Vorgehen keine Handhabe biete und daß darum diese famosen Wünsche überflüssig seien. Dieser eigentlich ganz selbstverständliche Standpunkt des Bürgermeisters wird ihm am Bierisch nun so ausgelegt, als ob er den in öffentlicher Sitzung angegriffenen Redakteur in Schutz genommen hätte.

Vorkommnisse dieser Art sind gewiß empörend, und die braven Stadtväter Rostweims haben sich, indem sie ihre Verständnislosigkeit den Aufgaben der Presse gegenüber so offensichtlich beludeten, ganz gewiß nicht mit Ruhm bedeckt. Sie haben sich vielmehr vor den Augen aller vernünftig Denkenden unsterblich blamiert. Aber das ist nicht das Beschämendste und Traurigste in der Angelegenheit. Weit beschämender und trauriger ist die Stellungnahme des angegriffenen Amtsblattes. Es akzeptiert die Fußstapfen der urteilsunfähigen Gemüter mit Aufbruch. Mit keiner Silbe geht es auf das widerliche Schauspiel ein. In ganzen anderthalb Zeilen wird in dem Bericht über die Sitzung gesagt, daß man sich mit der Berichterstattung der Presse beschäftigt habe. Man weiß natürlich, warum das Amtsblättchen diese jämmerliche Freigebigkeit an den Tag legt. Es fürchtet geschäftliche Schädigungen. Es wäre ja in der Tat auch möglich, daß diese oder jene der köstlichen Figuren, die die Stadt Rostweim beherrschen, dem Blatte Aufträge entzöge, würde es sich einmal zu einem ehrlichen Vorgehen entschließen. Man spricht in der Stadt davon, daß der Redakteur des Blattes vergeblich versucht habe, gegen die rückständige Kaste, die ihm auch persönliche Kränkungen zufügte, vorzugehen. Allein der Verlag setzte die Bremse an und verhinderte die Verwirklichung der gewiß verständlichen Absicht. Wenn der Mann etwas Rückgrat besitzt, wird er dem sauberen Verleger den Bettel vor die Nase werfen.

Das Rostweiner Vorkommnis bietet aber ein Schulbeispiel dafür, wie die Amtsblattpresse ihre Aufgabe, dem Allgemeinwohl zu dienen, auffaßt. Diese Art Presse ist ein williges Werkzeug in der Hand gewissenloser Scharfmacher und Kapitalisten, deren Geschäfte sie besorgen muß. Tut sie es nicht, so steht der geschäftliche Bogkott, ja unter Umständen der Bankrott vor der Tür. Das alles würde natürlich ganz anders sein, wenn die Zeitungen von vornherein einen halbwegs vernünftigeren Standpunkt vertreten wollten. Dazu fehlt es der Bourgeoispresse mit verschwindenden Ausnahmen indes am Mut. Tapfer ist diese „siebente Großmacht“ nur, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Was hier als „mittelalterliche Ansichten über den Beruf der Presse“ bezeichnet wird, ist eine allgemeine Erscheinung des bürgerlichen Pressewesens. Das sieht man recht deutlich an der Hege, die jetzt gegen unser Jenager Parteiblatt nicht nur von der Amtsblatt-, sondern überhaupt von der bürgerlichen Presse inszeniert wird. Unser Jenager Parteiblatt erhält ebenso wie die bürgerlichen Blätter die amtlichen Anzeigen gegen Bezahlung zum Abdruck. In Jena war aus Anlaß des Empfanges des weimarischen Großherzogspaares großer patriotischer Kummel. Der Gemeinderat hatte durch Anzeigen in den Blättern zur Schmückung der Straßen aufgefordert. Nach

dem Fez erschien in den Blättern die übliche Dankeserklärung aus der Hofkanzlei. Unser Parteiblatt hat trotz dieser auch in seinen Spalten erschienenen Anzeigen sich nicht abhalten lassen, seinen republikanischen Standpunkt zu vertreten. Darüber sind nun die Ordnungsleute ganz habenwidrig geworden. In der letzten Gemeinderatssitzung erklärte der Vorsitzende Justizrat Staff, daß er seinen Namen nicht wieder unter eine Veröffentlichung setzen werde, die auch in dem sozialdemokratischen Blatte erscheine; es werde auf die Lösung des Vertrags mit dem Blatte hingearbeitet werden müssen. Ein im Gemeinderat sitzender Redakteur unseres Parteiblattes bemerkte dazu, wenn man meine, das Blatt werde sich mit der Aufnahme der gemeindebehördlichen Bekanntmachungen dem anpassen, was im bürgerlichen Lager gang und gäbe sei, so sei das eine gewaltige Täuschung. Die bürgerliche Presse, allen voran die Leipziger Neuesten Nachrichten, freischen ganz heiser: „Man sieht, wohin es führt, wenn man ein wackriges Genossenorgan mit der Würde eines Amtsblattes bekleidet.“

Dieses Getöse kennzeichnet nur die Korruption der bürgerlichen Presse, die für ein paar Mark Inserateinnahmen ihre politische Unabhängigkeit und Gesinnung verkauft.

Uebrigens ist es nicht richtig, unserm Parteiblatt, weil ihm die amtlichen Anzeigen zugehen, die Amtsblatteigenschaft zuzusprechen. In Jena gibt es kein Amtsblatt, sondern alle Blätter erhalten gleichmäßig die amtlichen Publikationen. Unter solchen Verhältnissen ist eine Amtsblattpresse nicht nötig und die Presse kann sich ihre Unabhängigkeit wahren. Das will aber die korruptierte bürgerliche Presse gar nicht. Gleichwohl schwafelt diese Presse aber fortwährend über die „Unabhängigkeit“ der Amtsblätter.

Von der fortschrittlich-nationalliberalen Bundesbrüderschaft.

Auf der Vertrauensmännerversammlung der Antisemiten in Dresden löste bekanntlich die Mitteilung große Freude aus, daß einige einflussreiche Nationalliberale die bindende Erklärung abgegeben haben, schon im ersten Wahlgang für die antisemitische Kandidatur Friese eintreten zu wollen.

Dazu bemerkt die Bittauer Morgenzeitung: „Uns kann das gar nicht überraschen. Aber vielleicht interessieren sich dafür besonders die Herren, die das völkerverhetzliche nationalliberale Kompromiß zwischen Schöppan-Marienberg und Annaberg vereinbart hatten.“

Handwerkerwünsche.

Der Sächsische Innungsverband hält gegenwärtig in Meissen seinen 23. Verbandstag ab. Ein Verordnungsgegenstand besaßte sich mit dem § 100 q der Gewerbeordnung, der als ein Hemmnis für die Entwicklung des Zwangsinnungswesens betrachtet wird. Der Paragraph lautet: „Die Zwangsinnung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. Entgegenstehende Beschlüsse sind ungültig.“ Der Berichterstatter hierzu schlug folgende Resolution vor: „Der Innungsverbandstag ersucht die Königlich sächsische Staatsregierung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beim Bundesrat und Reichstage dahin zu wirken, daß § 100 q der Gewerbeordnung, der eines der größten Hemmnisse der Weiterentwicklung der Zwangsinnungen ist und somit zur Förderung des Handwerks absolut nicht beizubehalten, aufgehoben wird.“ In der Debatte wurde die Resolution beifällig und betont, daß dem Handwerker in seinen Organisationen das nicht vorenthalten werden dürfe, was Kaufleuten, Industriellen, Beamten, Arbeitern usw. erlaubt ist. Zu verheerenden Mißbildungen, wie sie Staatsminister von Delbrück schilderte, könne es bei Aufhebung des § 100 q nicht kommen. Der Handwerkerstand müsse mehr gefördert werden, wenn anders er nicht dem roten Proletariat verfallen soll. Der Schutz des Handwerks durch den Staat sei ein Gebot der Selbsthaltung. Richtig sei auch die verschiedentartige Auslegung des § 100 q durch die Aufsichtsbehörden. Die Aufstellung von Mindestpreistafeln ohne Verbindlichkeit für die Innungsmitglieder habe nicht den erhofften Erfolg gehabt. Die Resolution wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Herren Innister haben hier geklunkert, wenn sie sagen, ihnen dürfe das nicht vorenthalten werden, was man den Industriellen, Arbeitern usw. gewähre. Außer den Handwerkern hat kein Beruf eine Zwangsorganisation, deren Beschlüsse für alle Mitglieder bindend wären. Wenn also der § 100 q aufgehoben würde, räumte man den Innistern in der Tat eine Ausnahmestellung ein.

Erstattung von Armenunterstützung.

Ein Kommunalstreit wegen Erstattung von Armenunterstützung, der auf unser Armenwesen ein großes Schlaglicht wirft, fand jetzt vor dem Obergericht seinen Abschluß. Den Gegenstand des Streites bildete die lächerlich geringe Unterstützung, die die Gemeinde Briesnitz bei Dresden einer armen Witwe gewährte, wofür die Gemeinde Kemnitz erstattungspflichtig gemacht wurde. Der Sachverhalt ist den Lesern der Leipziger Volkszeitung aus den früheren Verhandlungsakten bereits bekannt, sei aber hier wiederholt.

Die Witwe Sch. in Briesnitz war gezwungen, mit ihren sechs Kindern von einer kleinen Pension zu leben. Den größten Teil dieser Pension von 200 Mark versah die Miete. Wülfinger war keine Wohnung anzutreiben. Mit periodenweiser Näharbeit verdiente die Frau 2 bis 2,50 Mark die Woche. Gegen Ende vorigen Jahres wurde sie plötzlich aufs Krankenlager geworfen. Und nun ging das Elend los. Die Kinder hatten nichts zu essen und saßen frierend beim kalten Ofen. Trotzdem hielt ein gewisser Stolz die Frau von einem Almosenbettel ab, sie verachtete sogar, ihre Notlage zu verheimlichen. Als sich die Nachbarin ins Zeug legte, gewährte der Briesnitzer Ortsarmenverband der Frau eine monatliche Unterstützung von 10 Mark und eine einmalige Zuwendung von 5 Mark. Da Frau Sch. in Kemnitz unterstützungsunberechtigt ist, verlangte Briesnitz die aufgewendete Unterstützung in Höhe von 65 Mark von Kemnitz zurückzuerstatten. Kemnitz weigerte sich und bestritt die Hilfsbedürftigkeit der Witwe. Briesnitz habe zu schnell eingegriffen, da sowohl die Frau wie einige Kinder hätten arbeiten können. Die Kreisheimatmannschaft folgte merkwürdigerweise diesem Wege; sie erkannte eine Hilfsbedürftigkeit nicht an und verwarf den Antrag. Nun wendete sich Briesnitz mit einer Berufung an das Obergericht und beantragte die Vernehmung von Zeugen. Der Senat gab diesem Antrage statt und stellte Recherchen über die Lage der Witwe an. Die Beweisaufnahme ergab geradezu haarsträubende Dinge. Eine Zeugin sagte aus, daß sie die ganze Familie einmal ohne alle Lebensmittel angetroffen habe. Die Frau habe samt ihren Kindern oft hungern und frieren müssen. Beim Bäcker sei sie noch Brot schuldig. Von trockenem Brot habe oft die ganze Familie leben müssen. Eine andre Nachbarin gab an, daß die Sch. nicht imstande gewesen sei, sich und ihre Kinder zu ernähren. Eines Tages, es war bitter kalt, war kein Feuer im Ofen. Die Kinder wollten für ihre kranke Mutter Kaffee wärmen, es war ihnen jedoch wegen des schreienden Brennmaterials nicht möglich. Trotzdem wollte die kranke Frau von ihrem Elend nichts merken lassen. Am andern Tage kam die Nachbarin wieder und sah, daß immer noch kein Feuer im Ofen, daß weder Brot noch Kohlen

im Hause waren und die Kinder hungernd und frierend um den kalten Ofen standen. Im November ist die Witwe so krank gewesen, daß die Zeugin und noch eine andre Frau eine Nacht an ihrem Bette gewacht haben, da sie den Tod sündlich erwarteten. Auch bei dieser Gelegenheit war nichts im Hause, weder Brot, noch Geld, noch Kohlen. Eine Lehrersfrau hat im Dezember circa 80 Mark für die Kranke gesammelt. Sie sagte aus, daß die Sch. nichts verdienen konnte, da sie zu leidend war. Als sie krank wurde, merkte ich erst, wie groß die Not war. Es war nichts da, kein Brot und kein Geld. Als sie den Kindern einmal etwas Fleisch als Brotbeleg bringen wollte, war kein Brot im Hause. Die Gemeinde Briesnitz meinte hierzu, daß die Frau nicht selbst um Unterstützung eingekommen sei. Erst durch dritte Personen sei man auf ihre Notlage aufmerksam gemacht worden und habe dann eingreifen müssen, weil die Frau den Arzt bezahlen mußte. Angesichts dieses Elends war das Obergericht natürlich nicht in der Lage, die Frage der Hilfsbedürftigkeit gleich der Vorinstanz zu verneinen. Die Sch. sei bis Ende November auf jeden Fall hilflos gewesen. Zweifelhaft könne nur die Lage im Dezember sein, als die Lehrersfrau 80 Mark für die Kranke gesammelt habe. Es sei nicht aufzuklären, welchen Einfluß diese Summe auf die Hilfsbedürftigkeit der Frau gehabt habe (!). Darauf einigten sich die Parteien dahin, daß Briesnitz die Ansprüche für den fraglichen Dezember in Höhe von 10 Mark fahren läßt und Kemnitz 65 Mark an Briesnitz zahlt.

Ein nettes Kulturbild aus unserm allerchristlichsten Staate! Um solchen Zuständen ein Ende zu machen, fordert die Sozialdemokratie die Uebernahme der Armenlasten auf den Staat. Es müssen mindestens größere Armenverbände geschaffen werden, damit derartigen unwürdigen Streitigkeiten ein Ende gemacht und die ärmsten Gemeinden vom Druck der Armenlasten durch deren gleichmäßigere Verteilung befreit werden.

Zur Langhammer-Affäre hat der Vorstand des national-liberalen Vereins zu Meissen eine Erklärung veröffentlicht, worin es am Schluß heißt:

„Wir halten es für vorteilhafter für die nationalliberale Partei, wenn ihre Einigkeit und Geschlossenheit gewahrt bleiben auf Kosten der Abgeordnetenschaft des Herrn Langhammer, als wenn dieser Herr Abgeordnete bleibt auf Kosten der Einigkeit der Partei. Wir wissen uns in dieser Hinsicht einig mit der nationalliberalen Fraktion wie mit dem Landesvereinsvorstande und hoffen zuversichtlich, daß es diesen vereinten Organen gelingen wird, den unerträglichen Zustand zu beseitigen, welchen die Langhammer-Affären geschaffen haben.“

Wenn die Langhammer-Affäre mit Erklärungen aus der Welt geschafft werden könnte, würden sich die Hoffnungen der Reichener Abteilung der Fraktion Drehscheibe leicht erfüllen lassen. Doch mit Erklärungen ist Herr Langhammer nicht tot zu kriegen.

• • •
-e Zeichen der Zeit! Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Chemnitz genehmigte das Gesuch der Fleischereinnung zu Chemnitz um Bergzähmung der Pferdeschlächtereien. Im Juni — also im Sommer, im Winter erreichen die Schlachtungen eine höhere Ziffer — wurden 58 Pferde und 18 Hunde geschlachtet. Von den Ragen schweigt die Statistik; Ragen werden aber in der Stadt und noch mehr in der Umgebung wegen der teuren Fleischpreise viel geschlachtet und von den Armen verzehrt. Doch auch die Hundeschlachtungen werden nur zum kleinen Teil von der Schlachthofstatistik erfasst.

• • •
Pech, aber kein Geld! Zum Kriegsführen gehört Geld. Daran fehlt es aber den Antisemitischen. Deshalb hapert es bei ihnen auch mit dem Wahlkampf im 20. Wahlkreise, wo noch nicht einmal die letzten Wahlschulden bezahlt sind. Mit herzerweichenden Bitten wandten sie sich deshalb an wahlhabende Parteigenossen um Beiträge zu der unerläßlichen notwendigen Munition. Diesen Umstand hat sich ein Schwindler zunutze gemacht. Er hat die Dresdener wohlhabenden Antisemitische „abkassiert“, ohne das Geld an die ach so leere Parteilasse zu tun! Das geht wenigstens aus einem Farnesbüchlein an der Spitze des bisher unter Ausschuß der Desfinitivität erschienenen, demnächst aber überhaupt verschwindenden Parteiblätchens, der Deutschen Reform, hervor. Können einem Leid tun, die Antisemitische!

• • •
Dresden. Der hiesige Innungsausschuß hatte sich an das Ministerium des Innern mit einer Beschwerde darüber gewandt, daß die Kreisheimatmannschaft den Innungen verbieten hatte, Beiträge an die Mittelstandsvereine zu zahlen. Der Antwort des Ministeriums ist zu entnehmen, daß der Jugendigkeit von Innungen zur Mittelstandsvereine geschädigte Hindernisse nicht im Wege stehen. Die Regierung mißt mit zweierlei Maß, denn die Mittelstandsvereine sind eine ausgeprobenere politische Organisation. Mit solchen dürfen aber nach den gesetzlichen Bestimmungen Innungen nicht in Verbindung treten.

• • •
In der Technischen Hochschule wird im nächsten Wintersemester ein neues Seminar für Städtebau eingerichtet werden. Zum Direktor ist Prof. M. F. v. S. ernannt worden. An dem Seminar wird sich eine Anzahl Professoren der Abteilungen für Hochbau und Bauingenieurwesen beteiligen. Auch sollen jetzt oder später noch andere, außerhalb der Hochschule stehende Kräfte herangezogen werden.

• • •
Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Mittweida hat der Techniker Hugo Gröhlinger aus München die Kellnerin Käthe mit einem Messer zu erschließen versucht und sich hierauf selbst zwei Augen in den Kopf geschossen. Gröhlinger brach sofort tot zusammen, während die Käthe erbeblich, aber nicht lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Sie hat einen Schuß in die Brust erhalten. Verschmähte Liebe soll der Beweggrund zur Tat sein. Auf Antrag der Angehörigen wurde die Leiche Gröhlingers feziert. Es hat sich ergeben, daß Gröhlinger an Gehirnerweichung litt. — Die in den zwanziger Jahren stehende Frau des Sattlergehilfen Richard Wood in Zwittau machte in Abwesenheit ihres Mannes nach einem häuslichen Zwist den Versuch, sich und ihren zwei Jahre alten Sohn durch Leuchtgas zu vergiften. Man fand die Frau und das Kind am Abend bewußlos in der Küche auf. Arztlichen Bemühungen gelang es, die beiden ins Leben zurückzurufen. — In Plauen bei Chemnitz ist der achtjährige Sohn des Fabrikverwalters Klaus, der mit andern Kindern am Herd der jetzt Hochwasser führenden Würschnitz spielte, in den Fluss gefallen und von den Fluten fortgerissen worden. Bis zum Abend konnte der Knabe noch nicht aufgefunden werden.

Aus den Nachbargebieten.

Wie „Sachfänger“ behandelt werden.

Ein überaus trauriges Bild des Schicksals und der Not der durch gewissenlose Agenten nach den Zundergebirgen Preussengelockten ausländischen Saisonarbeiter wurde im Strafhammeraal zu Elsteden entrollt. Die fast ungläublichen Mißhandlungen, die an den sonst so zufriedenen und anspruchlosen Sachfängern durch Beamte und Gutsangestellte verübt worden sind, fanden allerdings nicht unter Anklage, sondern die Geringfügigen hatten sich der preussisch-deutschen Gerechtigkeit zu unterwerfen.

Der Rittergutsbesitzer Wendenburg in Seeburg beschickte zwei ausländische Arbeiterkolonnen auf seinen Gütern, eine galizische und eine russisch-polnische. Während die Galizier mit allem zufrieden waren, kam es am 10. resp. 11. Mai mit

den Müssen zu einem Konflikt, bei dem auf Seiten der Arbeiter reichlich Blut floß. Die Müssen wurden mit Knüttelstangen beschlagen. Einer hatte nach Meinung des Inspektors Eberwein nicht genug geladen und wurde von ihm „herausgeschmissen“, wie sie sagten. Darauf gingen sechs Mitarbeiter zu Eberwein und baten um Wiedereinstellung, was aber kurz abgewiesen wurde. Er habe Arbeiter genug, sie könnten auch gehen, meinte er noch obendrein. Inspektor Eberwein merkte aber, daß er mit der grundlosen Entlassung etwas angerichtet hatte und benachrichtigte den Möblinger Gendarmen, der auch am nächsten Tag früh 5 Uhr in der Seeburger Kaserne erschien.

Die Arbeiter hatten über Nacht beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis das bisherige fast ungenießbare Essen besser würde und die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt seien. Die Arbeiter Anton Wrobel, Jajons und Goreski sollten die „Deher“ sein, die die Frauen und Männer, etwa 60, ausgewiegt haben sollen. Außerdem sollen sie dem Gendarmen Widerstand geleistet und W. auch noch den Wendenburg mit einem Mauerstein am Arme getroffen haben. Wegen gefährlicher Körperverletzung war dieserhalb ebenfalls Anklage erhoben. Als J. abgeführt wurde, sollte der Arbeiter Kjong sich der versuchten Gefangenbefreiung schuldig gemacht haben.

Alle klagten über das miserable Essen. Die Erbsen seien von Mäusen angefressen gewesen und durch und durch mit Würmern durchsetzt, das andre Essen war unsauber. Wrobel sagte aus, als er am 11. Mal herunterkam, sei der Möblinger Gendarm auf ihn angekommen und habe ohne jeglichen Grund ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Er habe den auf ihn gestiegenen Hund werfen wollen und unabsichtlich Wendenburg getroffen. Dafür sei er furchtbar geschlagen worden, daß er vier Stunden ohnmächtig gelegen habe. Der Angeklagte Jajons, der vom Inspektor Eberwein mit einer Reitpeitsche direkt auf die Seiten geschlagen wurde, ist jetzt noch nicht ganz gesund, er leidet noch an Kopfschmerzen. Der Gefängnisaufseher Sabuert sagte aus, die Angeklagten seien am ganzen Körper bläulich gewesen; Wrobel hätte sich kaum weiterheulen können. Der Möblinger Gendarm hatte den Säbel gezogen, er gab zu, vielleicht „unabsichtlich“ einen damit getroffen zu haben. Auch Wendenburg gab zu, geschlagen zu haben. Eberwein, der die furchtbare Mißhandlung des J. verursacht hatte, und der Juristiller Engelbald, der Dr. traktiert und den Hund auf ihn gehetzt hatte, wurden am Schlusse der Verhandlung verurteilt. Der Verteidiger meinte, daß eigentlich die Zeugen auf die Anklagebank gehörten. Der Inspektor habe gar nicht das Recht zum Schlagen gehabt. Unter Eid sei behauptet worden, daß der Aufseher nur zweimal geschlagen habe, während der ganze Körper des Angeklagten blau geschlagen war. Es sei doch wahrhaftig keine Helvetat, auf einen wehrlosen Arbeiter den Hund zu hegen.

Das Gericht verurteilte die beiden ersten Angeklagten zu je 1 Monat, Kjong zu 1 Woche Gefängnis, während Goreski freigesprochen wurde. Trotzdem die Strafen durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt waren, wurden die Leute nicht entlassen, sondern der Polizei übergeben, die sie als „lästige Ausländer“ über die Grenze schiebt.

Nun sind die Menschenhändler der Agrarier oder die staatlich konzeptionierten Grenzbeamten und Landwirtschaftskammern daran, den privilegierten Junkern neues, billiges und williges Arbeitsmaterial zu beschaffen. Es sind dieselben Leute, die stets von Patriotismus überfressen, die aber aus reinem Geldbedürfnisse die deutschen Arbeiter von ihren Gutsböden fernhalten.

Eisleben. Auf der Station Miestedt sprang ein Bergmann Grimm aus Gonna aus einem Zuge. Er wollte in Miestedt aussteigen, hatte aber die Station verfahren. Ein Helfender meldete den Vorfall dem Kuffischbeamten. Da derselbe Zug gleich wieder von Sangerhausen hierher zurückfährt, beauftragte der Beamte das Lokomotiv- und Zugpersonal, die Strecke zu beobachten. Bei Wärbubude 37 fand das Personal denn auch den Mann schwerverletzt zwischen den Weisen liegen. Er hatte sich den Kopf und das Gesicht arg beschädigt, auch war er nicht instande, sich allein fortzubewegen. Der Verunglückte wurde im Gepäckwagen bis Station Miestedt befördert, erhielt hier einen Notverband und wurde dann mit dem Zuge nach Sangerhausen ins Krankenhaus gebracht.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Aus Kränkung beinahe zum Totschläger geworden. (Schluß.) Lehrer Meinholt schildert den Ueberfall durch den Schreiber Gähne im großen und ganzen ebenso wie seine Frau. G. habe sich in der Schulzeit und auch als Fortbildungsschüler immer tadellos geführt. Von seinem Verbaute, daß Gähne die Stiefel gestohlen habe, hat er dem Gendarm Mitteilung gemacht. Als er nach dem Ueberfall Gähne erkannte, habe er gerufen: „Du lieber Gott, das ist ein Gähne, endlich haben wir den Schwelme, der alles gemacht hat.“ Darauf habe der Angeklagte sofort gesagt, daß er alles allein gemacht habe. Er habe schon seit drei Tagen seine Wut gehabt. Als Gähne auf den Zeugen schoss, habe er dicht vor ihm gestanden. Der Schuß war ein Streifschuß, die Kugel ist an einer Rippe abgeglitten. Bei dem darauf folgenden Mergen ist die Lampe verloschen, und nun gab der Angeklagte den dritten Schuß ab. Der Zeuge ist der festen Ueberzeugung, daß Gähne abtötlich geschossen habe und daß nicht bloß zufällig die Schüsse losgegangen seien. Gähne habe sich heftig gegen ihn (den Zeugen) gewehrt, ihn am Halse gewürgt und nach der Tochter mit den Fingern gestochen. Als man Gähne binden wollte, hat er, das zu unterlassen. Aber der Zeuge habe gesagt: Nun geradelt bei seiner nun folgenden Vernehmung habe der Angeklagte mit klarer Stimme gesagt, er habe dreimal geschossen. Anfangs nahm man an, daß Gähne einen Raub vollführen wollte, aber ein Beweis für diese Annahme hat sich nicht führen lassen.

Gähne wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, auch wurden ihm die Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Pandtäschchenräuber. Am Morgen des dritten Weihnachtstages, gegen 3 Uhr, war Fräulein Alma Vina L.

auf dem Heimwege von einem Besuch bekräftigt. Als sie die Würzner Straße entlang ging, merkte sie, daß ihr ein Mann folgte. Als sie um die Ecke der Brandiser Straße bog, ging der Mann schneller, und als sie ihr Haus Nr. 15 aufgeschlossen hatte, kam der Mann in großen Schritten heran. Sie wollte gerade von innen zuzurufen; es war ihr aber nicht möglich, weil der Mann jedenfalls seinen Fuß dazwischen gesetzt hatte. Fräulein L., die sich nicht zu wehren getraute, trat wieder einen Schritt vor und sagte: „Was wollen Sie denn?“ Hierauf zog der Mann etwas Altkreides (einen Schlüssel) aus der Tasche und sagte etwas, wovon das Fräulein nur das Wort: „festhalten“ verstand. Der Mann riß ihr das Pandtäschchen aus der Hand und lief davon. In dem Täschchen befand sich ein Taschentuch, Handschuhe und 2.00 Mk. bares Geld. Am dritten Pfingstfesttage begegnete Fräulein L. auf der Straße drei Damen und einen Herrn. Die eine der Damen trug ein Pandtäschchen, das sie sofort als ihriges erkannte. Sie fragte das betreffende Fräulein, woher sie die Tasche habe; diese antwortete, ihr Bräutigam habe sie ihr geschenkt, er habe sie gefunden. Fräulein L. bot dem jungen Mädchen an, es möge ihr die Tasche wiedergeben, sie wolle ihr den Finderlohn zugehen lassen. Aber der Bräutigam drang darauf, nach der Polizeiwache zu gehen. Hier sagte ein Beamter, das sei doch derselbe Mann, den Fräulein L. als den Pandtäschchenräuber beschrieben habe. Es war der 27 Jahre alte Schneidergeselle Ludwig Robert Henze aus Gräfenhainichen, der in Sina, Hauptstraße 4, wohnte, und verlobt ist. Er hat zuletzt beim Scheidemaler D. in Fochow gearbeitet und sich gut geführt. Er ist bisher noch nicht bestraft. Der Angeklagte will betrunken gewesen sein, jedoch keiner der Zeugen, die mit ihm zusammen gewesen sind, kann das bestätigen.

Der Angeklagte wurde schuldig befunden, es wurden ihm aber mildernde Umstände zugebilligt. Er wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust.

Landgericht.

Betrügerische Pferdehändler. Der Pferdehändler Peter Bondy, 50 Jahre alt, in Adm geboren, der Pferdewarmer Hermann Oskar Werten, 40 Jahre alt und aus Gocha stammend, sowie der 35jährige Pferdewarmer Emil Leonhard Edmund Bernhardt aus Segeritz bei Taucha haben zwei Landwirte, von denen sie Pferde kauften, dadurch betrogen, daß sie ihnen statt Bargeld Wechsel gaben, die nicht eingelöst wurden. Hierdurch sind die Leute um 725 und 650 Mk. geschädigt worden. Dafür wurde Bondy mit einem Jahr sechs Monaten, Werten mit acht Monaten und Bernhardt ebenfalls mit acht Monaten Gefängnis bestraft. Allen drei Verurteilten wurden außerdem auf drei Jahre die Ehrenrechte aberkannt.

Wilddieb. Der Stallschweizer Karl Gustav Grödel aus Röttha, der in der Umgegend von Röttha und Trachenau gewildert hatte, wurde mit einem Jahr und einer Woche Gefängnis, zwei Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht bestraft. Eine sehr harte Strafe für den „Jagd-frevel“.

Ortsverein Leipzig-Ost.

Dienstag, den 19. Juli, abends Punkt 7/8 Uhr

General-Versammlung

im Salon Germania, Sellenhausen, Würzner Strasse 77.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, Bericht des Kassierers, der Revisoren und der Kommissionen.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, Neuwahl der Kommissionen, der Generalversammlungsvertreter und der Beisitzer.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Zurück nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.

[13-122]* Der Vorstand.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abt. Buchhandlung

Preisherabsetzung:
Wir bieten an

Stimmen der Freiheit.

Vollständige aus den hervorragendsten Schöpfungen unserer Arbeiter- und Volksdichter
mit 38 Porträts
702 Seiten — elegant gebunden
statt 3.50 nur **2.00 Mk.**

Vielen Kranken

haben Hautkuren mit Lamscheider Stahlbrunnen vortreffliche Dienste geleistet.

Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichsüchtigen Tochter und an einer kränklichen, schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Lamscheider Stahlbrunnen geworden. — In meinem 61. Lebensjahre wurde mein Magen allmählich so schwach, daß ich nicht mehr die leichtesten Speisen verdauen konnte. Nebenbei quälten mich heftiges Aufstoßen, Müdenschmerzen, Kopfschmerzen. Durch Gebrauch des Lamscheider Stahlbrunnens wurde ich von allen diesen Leiden befreit. — Nur Ihrem köstlichen Wasser verdanke ich meine Heilung. — Nach Beendigung der Kur hat sie den alten Schaffensgeist wie früher. — Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgiebig zufrieden, vorgenommene Vადereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind.

Aus Schriften von Veraten: „Ein ganz vorzügliches Eisenmanganmittel ist das Lamscheider Wasser, die Lösungverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Wintes überein.“ — „Das Wasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohl gefühlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen, so daß sie ihrem früheren Beruf bald wieder nachgehen konnten.“ — „Ausführliche Mitteilungen über Kurverfahren, Anwendungsgebiete und Bezug des Brunnenes kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf 80. 49.“

Neul Neu!

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende
von FRANZ MEHRING
Erster Teil :: Preis 1.25 Mk.

Zu haben in der LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A. G. ABTEILUNG BUCHHANDLUNG und deren Filialen.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts.
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarisdorf, Kirchstr. 2
Ecke Würzner Strasse.



Uhren

Ketten, Schmucksachen
Größte Auswahl. — Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6
10% Rabatt. * 10% Rabatt.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Vieh Hofe zu Leipzig am 11. Juli 1910.

a) Auftrieb:

554 Rinder u. zwar 233 Ochsen, 27 Kalben, 205 Kühe, 89 Bullen;
244 Kälber;
610 Stück Schafvieh;
2055 Schweine;
8463 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Züergattung	Bezeichnung	Verkaufswert	Erwerbswert
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	—	88
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	—	83
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	73
	4. gering genährte jeden Alters	—	62
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	—	85
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	—	82
Bullen	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	72
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	61
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	50
	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts	—	70
	2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	—	74
Kälber	3. gering genährte	—	60
	1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber	—	50
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	—	54
	3. geringe Saugkälber	—	42
Schafe	4. ältere gering genährte (Presser)	—	—
	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	—	44
Schweine	2. ältere Mastlamm	—	41
	3. mäßiggenährt, Hammeln u. Schafe (Mastschafe)	—	38
	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	70
	2. fleischige	—	67
	3. gering entwickelte	—	63
	4. Sauen und Eber	—	60

c) Verkauf:

520 Rinder und zwar 211 Ochsen, 25 Kalben, 105 Kühe, 80 Bullen mittelmäßig
244 Kälber „
415 Schafe „
2048 Schweine „

d) Geschäftsgang:

Der Pfaffenspiegel
von Corvin.
Schön gebunden 4 Mk.
Volks-Buchhandlung
Leipzig
Tauchaer Strasse 19/21
und Altalen.

Der Erwerb einer
guten Hausbibliothek
ist nicht mehr schwer. Man kaufe
Bücherparmarken.
31. Gaskr. 38. A. Ewaldstr. 14. I. W.
H.-Rad 28. A. Wo., Ewaldstr. 14. I. W.

Noch immer!

ist die Lage des Buttermarktes für das konsumierende Publikum so günstig, dass ich den verehrl. Hausfrauen von heute an bis auf weiteres eine **vorzügliche, tadellos frische Molkereibutter** unter der Marke **„Rosenform“** zum Preise von **65 Pfg. das Stück** anzubieten vermag. Eine billigere, dabei so gute Butter dürfte nicht leicht geboten werden. Jedes Stück Butter trägt auf der Umhüllung meinen Namenszug.

Auenstr. 29/31. **Hessische Butterhandlung, Carl Gottl. Meyer** Kurprinzstr. 5. Södpplatz 9.
Katharinenstr. 7. — **Telephon 724.** — [19113]

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Juli.

Geschichtskalender. 12. Juli 1530: Der Humanist Desiderius Erasmus von Rotterdam in Basel gestorben (* 1466). 1894: Eröffnung der Universität Halle. 1806: Gründung des landesverträtlichen Fürsten-Bundes. 1874: Fritz Reuter in Eisenach gestorben (* 1810). 1904: Hochverratsprozess in Königsberg.

Sonnenanfgang: 5,52, Sonnenuntergang: 8,17. Mondanfgang: 10,15 vorm., Monduntergang: 11,10 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. Juli: Nordöstliche Winde, aufheiternd, wärmer, trocken, Gewitterneigung.

Achtung, Bezirksfonds.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen von Leipzig werden hiermit dringend ersucht, die entnommenen Marken für den Bezirksfonds spätestens bis zum 14. Juli an den Kassierer des Fonds,

Genossen W. Ploog,

Verbandsbureau der Schneider im Volkshaus, abzurechnen. Wir weisen darauf hin, daß die Abrechnung über den Fonds in Kürze veröffentlicht werden muß

Der Ausschuss für Verwaltung des Bezirksfonds. R. H. Lipinski.

Geheimmittel und Spezialitäten.

Es muß als ein sonderbares Zeichen unserer Zeit angesehen werden, daß der Heil- und Geheimmittelhandel trotz aller gesetzlichen und behördlichen Maßregeln noch nicht auf ein erträgliches Maß hat eingedämmt, geschweige denn beseitigt werden können. Die bestehenden gesetzlichen Hilfsmittel sind aber nicht ausreichend, im Gegenteil ist das Bedürfnis nach einem schärferen, planmäßigen Ueberwachungsdienst des Geheimmittelwesens zutage getreten und hat zu vielfachen, teils sogar scharfen Maßregeln Anlaß gegeben. Dies ist um so notwendiger, als die bürgerliche Presse auf ihren Inseratenplantagen jedweden Schwindel dadurch unterstützt, daß sie Anpreisungen der „Heilmittel“ aufnehmen und dabei helfen, dem Publikum das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Auch das Gesundheitsamt des Rates der Stadt Leipzig hat — wie aus dem Bericht des Untersuchungsamts hervorgeht — an der Bekämpfung dieses Uebels hervorragenden Anteil genommen. Ist doch schon die Zahl der an die Untersuchungsanstalt zur näheren Prüfung abgegebenen Heil- und Geheimmittel auf 184 im Jahre 1909 gegen 81 im Jahre 1908 gestiegen. Ueberblickt man das Heer all dieser zumeist auf die Ausbeutung kranker, hilfloser und auch eitle Menschen gerichteten kleinen und großen Mittel, die mit wenig Ausnahmen zu unerbittlich hohen Preisen verkauft werden, so treten unter ihnen eigentlich zwei für bestimmte Wirkungsgebiete berechnete Kategorien deutlich hervor. Zunächst die gegen Blutstörungen oder Menstruationsstörungen angepriesenen Mittel, die — welchen Namen sie auch führen mögen — ohne jeden Wirkungs Wert nur darauf berechnet sind, aus der Notlage so vieler Frauen und Mädchen Nutzen zu ziehen. Einer anderen Kategorie gehören alle jene Mittel an, die in marktähnlicher, prahlerischer Form Frauen in kürzester Zeit „dauernd üppige Büste und volle Körperform“ versprechen und dies vielleicht von mancher mit Sehnsucht erstrebte Ziel durch Mehl, Zucker, Salz, Stärke, Maiz und andere gänzlich wirkungslose Stoffe, ja selbst mit dem gefährlichen bekannten kosmetischen Mittel Arsenik, erreichen wollen.

Der offenkundige Schwindel, der mit diesen Mitteln getrieben wird, gab dem Gesundheitsamt Veranlassung, in den Tagesblättern öffentliche Warnungen zu erlassen; wobei sehr oft zu verzeichnen war, daß im redaktionellen Teil der bürgerlichen Zeitungen vor einem Schwindel gewarnt wurde, der im Inseratenteil mit den lautesten Tönen angepriesen wurde. Gegen die meisten Fabrikanten konnte das Gesundheitsamt auf Grund der Verordnung vom 22. Oktober 1901 oder der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1903 mit Erfolg vorgehen. Bei der auffällig großen Zunahme der Mittel, die im Wege des Destillationsverfahrens gewonnen werden und auf welche die Hersteller die Bestimmungen der Verordnung nicht angewendet wissen wollen, konnte es nicht ausbleiben, daß durch die Aufsichtsbehörde und von den Gerichten Gutachten herbeigezogen wurden, um den Begriff der Destillate eindeutig festzulegen. In Uebereinstimmung mit der Praxis anderer Gerichte hat sich auch hier die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es weder rechtlich zulässig ist, noch dem Wunsche des Gesetzgebers entspricht, die Destillate dem freien Verkehr zu überlassen. Ist es doch hier an Beispielen bekannt geworden, daß die Destillation auch auf „kaltem Wege“ vorgenommen und so das Gesetz zu umgehen versucht wurde.

Die durch das Gesundheitsamt bei den Kurpfuschern beschlagnahmten oder durch Einkauf erworbenen Heil- und Geheimmittel sind entweder wertlos oder entsprechen doch dem Preis nicht, der für sie gezahlt wurde. Eine lange, in dem Bericht des Gesundheitsamts veröffentlichte Liste tut dies zur Genüge dar. Eine Flasche „Rheumatica“ zum Preise von 4 Mk., enthält parfümiertes — Pferdeessig; „sicherster Frauenschuh, billiges Mittel gegen zu viel Kinderlegen“, 12 Bläschen zum Preise von 1,40 bestehend aus Delcacao mit 0,79 Prozent Borfäure; ein „Kraftpulver zur Erlangung schöner voller Körperform, die unweifelhaft beste Medizin, ein Radikalheilmittel für alle nervöse Personen“, ein Pulver zum Preise von 3 Mk. besteht aus einem mit Kochsalz und Süßholzwurzelpulver vermishtem Bohnenmehl. Gegen „Schwächezustände der Männer“ wird „Firmulin“ empfohlen, wovon das Paket 6 Mk. kostet; die Untersuchung ergab, daß dieses Mittel als Hauptbestandteile Rohrzucker, Stärke und Eiweiß enthält. In dieser Reihenfolge

geht es fort, den Gipfel alles Heilmittel-Schwindeltums erreicht aber ein angebliches Mittel gegen Trunksucht. „Boudre Zenento“ soll „die Neigung zu berauschten Getränken dauernd vernichten. Sklaven der Trunksucht können jezt befreit werden,“ so heißt es in der Anpreisung. Für zwei Schachteln müssen die Hineingefallenen 20,50 Mk. zahlen und erhalten dafür mit Ingwer gewürztes doppelkohlen-saures Natron im Werte von 5 bis 10 Pfg. Es bedarf wahrlich keiner weiteren Beispiele, um den traffen Schwindel zu kennzeichnen, auf den immer wieder so viele hereinfallen. An der Bekämpfung dieses Uebels im wirtschaftlichen und privaten Leben hat das Gesundheitsamt einen hervorragenden Anteil, aber alle diese Arbeit wird nichts nützen, so lange eine gewissenlose Presse solche Schwindelunternehmen unterstützt.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, seid gewarnt!

Es müßte eigentlich recht überflüssig sein, immer wieder darauf hinzuweisen, wie gefährlich und nachteilig es werden kann, wenn man sich von Geschäftsfreisenden und Agenten überreden läßt, allerlei Gegenstände, in der Regel auf Abzahlung, zu bestellen. Meist sind es solche Gegenstände, die nicht einmal dringend notwendig gebraucht werden, oder die man vielleicht billiger und besser in jedem Geschäft kaufen kann. Da werden Bilder, Gemden, Schmuckstücke und mancherlei andere Gegenstände angeboten und durch die Ueberredungskunst der in die Wohnungen eindringenden Agenten leider auch sehr häufig bestellt. Manche dieser Agenten greifen, um ihren Zweck zu erreichen, zu den gewagtesten Manipulationen. Es kann auch dahingestellt bleiben, ob die Notlage des einzelnen Agenten oder andere Ursachen die Triebfeder zu solchen Manipulationen bilden, oder ob nicht gar die mit der jeweiligen Firma vereinbarten Anstellungsbedingungen so mager sind, daß mancher Agent zu Mitteln greift, auf die er sonst verzichten würde. Wie aber auch die Dinge liegen mögen, in keinem Falle ist einzusehen, weshalb der Besteller stets den Schaden tragen soll, der durch wenig einwandfreie Handlungen einzelner Agenten, durch ungenügende oder vielleicht gar durch direkt falsche Auskunft entsteht, während die betreffende Firma niemals für solche Handlungen ihrer Angestellten eintritt, vielmehr auf Abnahme der Ware und auf glatte Bezahlung dringt. Fast täglich hört man von Differenzen, die zwischen gewissen Verkaufsfirmen und ihren Kunden entstanden sind und bei den Gerichten sind Klagen dieser Art verhältnismäßig zahlreich. In der Regel enden diese Klagen zugunsten der Firma, weil der Beklagte ja niemals beweisen kann, wie bei der Bestellung mit ihm durch die Agenten verfahren worden ist und weil die Geschäftsinhaber nach jeder Richtung hin geschützt sind. Als Beispiel sei hier folgender Fall erwähnt:

Bei dem Agenten einer Leipziger Reisebuchhandlung hatte ein Arbeiter ein Werk bestellt. Nachdem er das Werk empfangen hatte, kassierte der betreffende Agent den gesamten Betrag ein und quittierte dafür auf einem Rechnungsformular, das die Aufschrift der betreffenden Firma trug. Einige Wochen später forderte die Firma aber ebenfalls den Betrag und da der Arbeiter auf die dem Agenten ausgehändigte Zahlung und auf die in seinen Händen befindliche Quittung hinwies und daher nochmalige Zahlung verweigerte, erhob die Firma Klage beim Amtsgericht. Die Firma stützte sich darauf, daß auf den Bestellscheinen sowie auch auf Mitteilungen, die der Besteller erhält, der Ausdruck sich befand, daß Zahlungen nur an die Firma zu leisten sind. Wer da weiß, mit welcher Fertigkeit viele Agenten Geschäfte zu machen wissen, der weiß auch, daß derartige Vermerke auf den Bestellscheinen von dem Besteller meist gar nicht gesehen werden. Aber selbst wenn ihm ein solcher Vermerk bekannt ist, so konnte, wie in dem vorliegenden Fall, wo der Agent eine Originalrechnung der Firma als Quittung benutzte, der Besteller wohl der Meinung sein, daß dies den Bedingungen der Firma entspreche und daß die Zahlung zu Recht erfolgt sei. Diese Meinung hat aber weder die betreffende Firma noch das Amtsgericht gelten lassen. Auch der Einwand, daß die Firma in der Auswahl ihrer Angestellten die nötige Sorgfalt walten lassen müsse und daß sie, wenn ihre Agenten sich gegenüber den Bestellern Maßnahmen erlauben, die ihnen nicht zustehen, die Firma selbst den daraus entstehenden Schaden zu tragen habe, nützte nichts. Das Amtsgericht verurteilte den Arbeiter zur nochmaligen Zahlung der bereits an den Agenten gezahlten Summe, außerdem aber auch noch zu den entstandenen Gerichtskosten. Der Verurteilte ist um eine Erfahrung reicher, für viele andere könnte aber dieser Fall erneut zur Warnung dienen, damit sie sich nicht einen ähnlichen oder noch größeren Schaden zuziehen. Sieht man von dem gerichtlichen Verlauf der hier geschilderten Sache ab, so bleibt doch immerhin bemerkenswert, daß für die von unläuterer Elementen begangenen Handlungen nicht etwa die Firmen die Verantwortung übernehmen, die sich solche Elemente bei ihren Geschäftsabschlüssen bedienen, sondern daß diejenigen die Verurteilten sind, die da im guten Glauben solchen Agenten Vertrauen schenken. Der gute Glaube und das Vertrauen vieler, ja wohl der meisten Personen, die sich durch Agenten zum Bestellen und Kaufen überreden lassen, geht ja bekanntlich so weit, daß sie noch nicht einmal die Kaufbedingungen prüfen und die Bestellscheine durchlesen. Wer nun einmal nicht stark genug ist, der Ausdringlichkeit und Verebtheit gewisser Leute zu widerstehen, der sollte wenigstens stets des Wortes gedenken: Unter-schreibe nichts, was du nicht zuvor gelesen und verstanden hast!

Durch unwahre Angaben sich selbst geschädigt.

Ein Arbeiter aus Leipzig beanspruchte bei der Bauergewerkschaftsgenossenschaft Unfallrente, weil er sich bei Aufschachtungsarbeiten mit einer Spitzhacke eine schwere Verletzung zwischen den Beinen des rechten Fußes zugezogen habe. Die Berufsgenossenschaft lehnte eine Entschädigung ab aus folgenden Gründen: Ein Beweis für den Unfall ist nicht erbracht, denn der Arbeiter will sich verletzt haben an einem Sonnabend abend nach 8 Uhr, als die übrigen Arbeiter schon die Arbeitsstätte verlassen hatten, während er, da er Akkordarbeit verrichtete, noch eine zeitlang weiter gearbeitet habe. Auch am darauffolgenden Sonntag habe er ganz allein ein paar Stunden an der Arbeitsstätte gearbeitet. Am Montag aber, als ein Mitarbeiter auf die Verletzung am Fuße aufmerksam wurde und nach der Ursache fragte, antwortete er diesem, daß er sich am Sonntag beim Kartoffelhacken verletzt habe, auch dem Unternehmer gab er dieselbe Antwort. Erst als er am nächsten Tage den Arzt in Anspruch nehmen mußte, weil sich die Verletzung so verschlimmert hatte, daß sogar langwierige Krankenhausbehandlung notwendig wurde, erklärte er dem Arzt, daß die Verletzung durch einen Betriebsunfall, nämlich bei den Aufschachtungsarbeiten entstanden sei. Auch vor dem Schiedsgericht blieb er bei dieser Erklärung und meinte, er wisse nicht, wie er zu der seinem Mitarbeiter und dem Unternehmer gegenüber gemachten Aeusserung gekommen sei. In der Tat schien es auch so, als habe es sich um einen Betriebsunfall gehandelt und als habe der Verletzte ursprünglich nur deshalb eine andere Ursache angegeben, weil er nicht wollte, daß seine Mitarbeiter und der Unternehmer von seiner Tätigkeit an der Baustelle außerhalb der üblichen Arbeitszeit Kenntnis erhalten sollten.

Würde diese, allerdings sehr nahegelegene Vermutung zutreffen, so wäre der betreffende Arbeiter für seinen recht sonderbaren Arbeitsfehler empfindlich genug bestraft worden. Das Schiedsgericht lehnte nämlich ebenfalls die Gewährung von Unfallrente ab, weil durch nichts bewiesen sei, daß die Verletzung die Folge eines Betriebsunfalls sei, vielmehr sei anzunehmen, daß die Verletzung so entstanden ist, wie der Arbeiter das ursprünglich mehreren Personen geschildert hat, also bei einer im eigenwirtschaftlichen Interesse vorgenommenen Beschäftigung. Verletzungen letzterer Art sind aber nicht von der Berufsgenossenschaft zu entschädigen.

Kellnerinnen-Übel und Wirt-Nebbach. Zur Lage der Kellnerinnen lieferte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Leipzig nicht unwichtiges Material. Angeklagt war der Gastwirt Hartmann vom Restaurant Thomaskloster. Er hatte Bayrischbier mit Lagerbier verschnitten und an die Gäste abgegeben. Schon früher war Hartmann deswegen zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Behörde ließ seit dieser Zeit den Mann nicht aus dem Auge. Beamte, die öfter als Gäste im Lokal verkehrten, stellten fest, daß die Kellnerinnen, wenn sie mit Genehmigung der Gäste für sich ein Glas Bier bestellten, Lagerbier bekamen, obwohl die Gäste den Preis für Bayrischbier zu bezahlen hatten. Schlag der Wirt schon durch dieses Verfahren einen ganz netten Profit für sich heraus, so wußte er noch auf andre Weise Vorteile zu erlangen. Wurde doch in dem Termin festgestellt, daß Hartmann den bei ihm beschäftigten Kellnerinnen monatlich den ganz horrenden Lohn von zehn Mark zahlte, Prozente von den verkauften Getränken bewilligte er den Kellnerinnen nicht, deren Erwerb war vielmehr ausschließlich auf das Hazardspiel des Trinkgeldes aufgebaut. Besonnen geachtet trat die eine als Zeugin vernommene Kellnerin vor Gericht offen auf die Seite des Wirts und ging heftig gegen ihre Kollegin vor, die die Beamten unterrichtet hatte. Sie warf der Kollegin vor, daß sie einmal geäußert habe, sie könne sich leicht drei oder fünf Mark verdienen. Es entspann sich zwischen den beiden Mädchen plötzlich ein häßlicher Streit, der vom Vorsitzenden mit der Drohung einer nicht zu knappen Ordnungsstrafe beendet wurde. Der Vorsitzende setzte hinzu, daß die Mädchen eine größere Geldstrafe würden bezahlen können, wenn bei ihnen das Geld so leicht einginge. Hartmann wurde schließlich mit 60 Mk. Geldstrafe bedacht.

Einer Ausdehnung der Sonntagsruhe hat der Magistrat von Berlin zugestimmt. In Zukunft sollen die Geschäfte am Sonntagen nur noch von 7 bis 10 Uhr geöffnet sein. Nur in den Geschäften der Nahrungs- und Genussmittelbranche sowie im Blumenhandel soll es bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben. Die Vororte sollen befragt werden, ob sie ein Ortsstatut mit gleichen Bestimmungen einführen würden.

Der unausgesehete Durs ist eine miserable Angelegenheit. Die in Leipzig studierenden Sachsen-Meininger hielten dieser Tage in Meiningen einen Gesellschaftsabend ab, in dessen Verlauf man auch an den in Altenstein wohnenden Herzog Georg ein Begrüßungstelegramm sandte. Der Herzog drabte sie zurück: „Gute Grüße, Ihr lieben Meininger, freuen mich sehr, voran-gesetzt, daß Eure Köpfe nicht illuminiert waren. Der unausgesehete Durs ist eine miserable Angelegenheit; haltet sie Euch fern. Georg.“

Die lieben Meininger werden schöne Gefächter gemacht haben, als sie das Telegramm ihres Landesvaters erhalten haben. Es ist doch sicher anzunehmen, daß sie ihren Gesellschaftsabend nicht mit Limonade gefeiert haben, also wohl etwas illuminiert gewesen sein mögen. Was ein echter Student ist, trinkt nämlich Bier und keine Limonade, so lautet bekanntlich eine Maxime eines Monarchen an die Leipziger Studenten.

Bund der Homöopathischen Kassenvereine Deutschlands. Am 8., 9. und 10. Juli wurde in dreitägigen Verhandlungen in Leipzig der Bund der Homöopathischen Kassenvereine Deutschlands ins Leben gerufen. Er hat seinen Sitz in Leipzig und umfaßt im ganzen 203 Vereine mit mehr als 20 000 Mitgliedern. Am 9. Juli fand vor Beginn der Verhandlung eine zwei Stunden dauernde Besichtigung der Homöopathischen Zentralapothekes des Herrn Dr. W. Schwabe statt.

Die freie deutsche Studentenschaft der Handelshochschule zu Leipzig beschloß am Sonntag, den 2. Juli, die Dampf- und Dampfbäder des Konsumvereins L.-Plagwitz und Umgebung und seine umfangreichen Warenlager. Beim Abschied erhielt jeder der erschienenen Herren den letzten Geschäftsbericht des Vereins. — Freitag, den 3. Juli, wurden die Einrichtungen der C. W. Raumann Brauerei N.-O. besichtigt. — An demselben Tage fand der dritte Vortrag im Semester statt. Herr stud. merc. Grünberg sprach über die Handelshochschule und beleuchtete in seinen Ausführungen die Verhältnisse an den verschiedenen Handelshochschulen des In- und Auslandes, besonders der Leipziger Handelshochschule. In der Diskussion wandte sich Herr Professor Stern gegen einzelne Vorschläge und Wünsche des Vortragenden und verteidigte eingehend die bestehenden Einrichtungen der hiesigen Hochschule.

Selbstmordversuch. Gestern abend in der 7. Stunde sprang ein 14-jähriges Mädchen aus der Schnorrstraße an der Wühlgere Brücke in den Meißnermühlgraben. Der hinzugekommene Maurer Otto Krentel aus Großschöcher sprang dem Mädchen nach und brachte es an das Land, worauf ein Arzt die Verwundeten, die bereits bewußtlos war, durch Wiederbelebungsversuche in das Leben zurückrief. Es ist nicht bekannt, weshalb das junge Mädchen in den Tod gehen wollte.

Unfall. In der Schloßstraße in A.-Dölitz fuhr gestern ein 47-jähriger Gefährtsführer mit seinem weispannigen beladenen Roffengestirn in eine ausgeschachtete Vertiefung. Dabei wurde der Mann vom Boche herabgeschleudert und anscheinend innerlich verletzt. Er mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Durchgebrannt. Mit einer Summe von 250 Mk., die er bei der Ortskrankenkasse einzahlen sollte, ist der 10-jährige Kauf-bursche Felix A. aus A.-Plagwitz einer Firma im Westviertel durchgegangen.

Diebstähle. Gestohlen wurde in einem öffentlichen Gebäude am Augustaplatz einem Herrn eine grauwollene Geldbörse mit Metallbügel und 60 Mk. Inhalt, sowie eine schwere goldene Herrenuhrkette, sogenannte Kufkette mit goldenem Medaillon, das auf der Vorderseite mit einem griechischen Kopf und auf der Rückseite mit einem schwarzen Stein verziert ist.

Ferner entwendeten Diebe aus einer Wohnung in der Halle-schen Straße eine wertvolle goldene Damenuhr, E. W. graviert und mit einem spanischen Wappen verziert.

Ein Einmischerwindler ist in der letzten Zeit hier wiederholt aufgetreten. Der Verräter erzählt den Wirtskauten, bei denen er sich einmietet, er habe bei der Maxine gekant, sei In-valid, besterhe eine Pension und werde Arbeit in einer Fabrik finden. In dann seine Schuld an einem ansehnlichen Rabe an-

gelaufen, so verschwindet er heimlich. Beschrieben wird der Betrüger: etwa 26 Jahre alt, mittelgroß mit dunklem Haar und dunkelblauem Schnurrbart.

Vor mehreren Tagen mietete sich bei einer Familie in der Vestingstraße eine ältere Frauensperson ein, die sich als eine vermögende Verwandte der Familie ausgab und natürlich gut aufgenommen wurde. Eines Tages war sie plötzlich verschwunden. Als man sich nach ihr erkundigte, stellte sie sich heraus, daß die angebliche Verwandte eine völlig fremde Person war. Jetzt wurde sie aber wieder getroffen und festgenommen. Die Schwindlerin ist eine 60 Jahre alte, vielfach vorbestrafte Witwe aus Stollberg.

Verhaftungen. In einer 55 Jahre alten Arbeiterin wurde die Betrügerin festgenommen, die vor einigen Tagen in einem Nahhofsrestaurant ohne Geld eine größere Zecher gemacht und sich dann auch noch eine Droschkenfahrt geleistet hatte. Die Schwindlerin hatte außerdem in einem Geschäft Waren ausgemacht und sich bei dieser Gelegenheit für 10 Mk. Silbergeld gegen ein Zehnmarkstück, das sie besitzen wollte, geben lassen. Die Betrügerin hatte es fertig gebracht, mit dem Silbergeld zu verschwinden, ehe man von ihr das Goldstück forderte. Ein solches hat sie gar nicht besessen.

Aus der Umgebuna.

Ein Muster-Nationalliberaler.

Heute abend spricht der Abg. Nischke in Taucha über seine Tätigkeit im Landtage. Wir haben am 26. April festgestellt, daß Herr Nischke in einer Wählerversammlung vor der Landtagswahl erklärte: er wäre für die Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel und am Schlusse seiner Rede sagte er, er wolle nicht wieder vor die Augen seiner Wähler treten, wenn er das nicht hält was er versprochen. Im Landtage hat er gegen einen Antrag der Sozialdemokratie gestimmt, der die Unentgeltlichkeit der Volksschule herbeiführen sollte. Auf die schwere Anklage, daß er sein Wort nicht gehalten hat, hat er sich gehütet zu antworten.

Was soll man von so einem Volksvertreter sagen? Durch sein Schweigen bezeugt er seine Schuld.

Als Herr Nischke kürzlich in Markranstädt über seine Tätigkeit Bericht erstattete, verzapfte er den Wählern, daß der ganze Reichthum Sachsens nicht ausreiche, um die sozialdemokratischen Anträge zu verwirklichen. Dabei hat die Sozialdemokratie keinen Antrag gestellt, der nicht auch auf bürgerlicher Seite Unterstützung gefunden hätte. In der Tat, Herr Nischke ist ein wackerer Mann, ein Muster-Nationalliberaler!

Da unsre Genossen gern die Gelegenheit wahrnehmen hätten, Herrn Nischke plausibel zu machen, wie die große Masse der Wähler über seine gloriose Tätigkeit im Landtage denkt, war bei dem Vorstand des Vaterländischen Vereins angefragt worden, ob in der heute abend stattfindenden Versammlung Redefreiheit garantiert werde. Da bekamen es die nationalen Maulhelden aber ganz gewaltig mit der Angst. Mit dem „Ausdruck des Bedauerns“ teilten sie mit, daß es sich nur um eine „geschlossene Vereinsversammlung“ handle. Und wohlwollend fügten sie hinzu, wenn man 14 Tage früher angefragt hätte, wäre die Versammlung vielleicht öffentlich abgehalten worden, was jetzt nicht mehr möglich sei. Wenn die politischen Freunde des Herrn Nischke glauben, durch derartige plumpe Manöver ihrer Sache einen besonderen Dienst zu leisten, sind sie auf dem Holzwege. Sie beweisen damit höchstens, daß sie die politischen Fähigkeiten

ihres Schützlings selbst nicht besonders hoch einschätzen und es deshalb vorziehen, seine „glänzenden“ Talente sich nicht öffentlich entfallen zu lassen. Herrn Nischke ist damit freilich nicht viel geholfen; er wird nicht darum herumkommen, öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Tauchaer Genossen werden eine öffentliche Versammlung einberufen und Herrn Nischke besonders einladen. Es wird sich ja dann zeigen, ob er es wagt, „seinen Wählern“ wieder vor die Augen zu treten, und wie er sein politisches Schuldkonto zu entlasten gedenkt.

Amliche Konsumvereinsdirekt.

Unter dieser Epithete brachten wir in Nr. 127 einen Schriftwechsel zwischen dem Konsumverein für Zwenkau und Umgegend und der Eisenbahndirektion Halle a. S. zur Veröffentlichung. Den Arbeitern der Bahnhofsstation in Zwenkau war durch ein Schreiben der preussischen Eisenbahndirektion in Halle „befohlen“ worden, aus dem Konsumverein auszutreten und auch ihren Ehefrauen die Mitgliedschaft nicht zu gestatten. Vergeblich bemühte sich der Verein, die Gründe für diese Maßregel zu erfahren. Die Eisenbahndirektion kniff jedesmal, offenbar deshalb, weil sie die Gründe nicht angeben konnte. Der Konsumverein Zwenkau wollte aber durchaus die Gründe wissen und wandte sich zu diesem Zwecke an das preussische Ministerium der Eisenbahnen. Nach vorheriger Darlegung des Sachverhalts und der Übergabe des Schriftwechsels wurde folgendes an das Ministerium geschrieben:

Trotz wiederholten Versuchs war es dem unterzeichneten Genossenschaftsvorstand nicht möglich, die königliche Eisenbahndirektion Halle a. S. zur Angabe von Gründen zu bewegen, weshalb er sich veranlaßt sieht, hiermit Beschwerde gegen die genannte Behörde beim königlichen Ministerium zu erheben. Der Unterzeichnete ist überzeugt, daß die Eisenbahndirektion Gründe für ihre Maßnahmen nicht anzugeben vermag, ferner, daß die Behörde ihr Vorgehen nicht durch gesetzliche und rechtliche Gründe stützen kann. Es wird deshalb das königliche Ministerium um bringende Abhilfe gebeten.

Der Konsumverein für Zwenkau und Umgegend unterhält einen Dispositionsfonds, aus welchem kranke, arbeitslose und unverschuldet in Not geratene Mitglieder Unterstützung empfangen. Auch erhalten die Mitglieder und deren Angehörige, sofern genügende Wareneinnahme nachgewiesen werden kann, aus dem Sterbegeldfonds Begräbnisgelder, ohne den geringsten Beitrag dafür leisten zu müssen. All dieser Wohltätigkeitseinrichtungen gehen die Eisenbahnarbeiter verlustig, wenn sie den verfallenen Austritt vollziehen.

Der unterzeichnete Genossenschaftsvorstand bittet daher das königliche Ministerium, die Verfügung aufzuheben und ihm Mitteilung über die getroffenen Maßnahmen zukommen lassen zu wollen.

(Unterschrift.)

War der Konsumverein Zwenkau über die verschwiegene Gründe im unklaren, so wurde der Schleier durch nachstehendes Schreiben gelüftet:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Berlin W. 68, 5. Juli 1910.
Mittheilung Nr. 70.

Zum Schreiben vom 10. Juni 1910.

Ich sehe mich nicht in der Lage, die Verfügung der königlichen Eisenbahndirektion zu Halle a. S. aufzuheben, da festgestellt ist, daß der Konsumverein für Zwenkau und Umgegend nicht nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sondern auch zur Förderung und Ausbreitung der Sozialdemokratie beiträgt.

(Name unleserlich.)

Was eine Unwahrheit ist. Wenn zuträfe, was in vorstehendem Schreiben behauptet wird, so bedürfte es nicht des Einschreitens der Eisenbahndirektion. Dann hätten sich die näherliegenden Behörden, die die Konsumvereine mit Argusaugen beobachten, schon ins Mittel gesetzt. Fest steht jedoch, daß der Bahnmeister zu Zwenkau als Mitglied des Vater-

ländischen Vereins in Zwenkau dem berüchtigten Reichsverband angehört und daß die Herren vom Genossen Fleischner in öffentlicher Versammlung unliebliche Wahrheiten hörten. Kurze Zeit darauf wurde die große Aktion in Szene gesetzt, woraus zu schließen ist, daß die treibende Kraft in Zwenkau sich befindet. Aus der Tatsache, daß sich Angestellte zur Sozialdemokratie bekennen, kann nur ein armseliges Reichsverbandsgehirn schlussfolgern, daß nun auch die Genossenschaft „zur Förderung und Ausbreitung der Sozialdemokratie beiträgt“. Die ganze Sache ist nichts weiter als brutaler Terrorismus. Jedenfalls ist das letzte Wort in dieser Sache nicht gesprochen.

Wiederhisch. Eisenbahnunfall. In der Nacht zum Montag entgleiten an der über die Straße nach Alben führenden Brücke fünf leere Wagen des in der Richtung nach Deltitz fahrenden Zuges und gefährdeten die Brückenkonstruktion. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend. Menschen sind zum Glück nicht verletzt worden. Wie das Unglück entstanden ist, ist noch nicht festgestellt. Als Ursache der Entgleisung wird angenommen, daß sich ein Teil von einem Wagen gelöst habe und zwischen die Räder gekommen ist. Nachdem die beschädigten Wagen entfernt waren, konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Eilenburg. Der Reichsverband bei der Arbeit. Hier waren, wie schon mitgeteilt, an verschiedene Einwohner Versammlungseinladungen ergangen, worin zur Gründung eines Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgerufen wurde. Die Gründung wurde dann von einer handvoll wackerer Don Quichottes vorgenommen und als „Führer“ der hier bekannte Ziegeleibesitzer und Stadtrat Hädrich auf den Schild gehoben. Ehe der Herr Stadtrat wurde, gebärdete er sich so, daß auch unsre Genossen, die damals im Stadtvorordnetenkollegium vertreten waren, ihre Stimmen auf ihn vereinigten. Aus Dankbarkeit dafür, daß auch die Regierung ihn als Stadtrat bestätigte, glaubte er nun seine reichstrenne Gesinnung am besten zum Ausdruck bringen zu müssen, daß er in Eilenburg Vorstehen der des fattsam bekannten Reichsverbandes wurde. Auch der „nationale Arbeitersekretär“ Th. Franke, der sich seit kurzem in Eilenburg angesiedelt hat, entpuppte sich plötzlich als eifriger Reichsverbändler. Uns überraschte das keineswegs, denn es war für jeden zu offensichtlich, daß Th. Franke der getreue Schildeknappe jener Don Quichottes war. Es wurde natürlich auch mit in den Vorstand gewählt und zählt in einem Flugblatt die angeblichen Sünden der Sozialdemokratie und die „Erfolge“ des Reichsverbandes auf. Allzuviel Miße scheint dieses Flugblatt nicht gestiftet zu haben, denn nicht einmal neuerhandene Unwahrheiten sind demselben beigelegt. Alle abgedroschene Verleumdungen nachgeplappert, weiter nichts. Auf das ganze Hirnverbrannte Zeug einzugehen, hiesse dem Unterzeichner zu viel Ehre antun; selbst ehrlich denkende Menschen, die der Sozialdemokratie fernstehen, beurteilen dieses Geschreibsel richtig. Ein sozialdemokratisch denkender Arbeiter kann sich höchstens über diese unfreiwillige Komik amüsieren. — In öffentlichen Versammlungen wird übrigens dem nationalen Arbeitersekretär Gelegenheit gegeben werden, seine behaupteten Unwahrheiten und Verdrehungen zu beweisen. Aber wir kennen schon die Kampfesweise dieser tapferen Leute, sowie es an den Feind zum offenen christlichen Kampfe herangeht, knetsen sie. Wir hoffen, schon nach kurzer Agitation des Reichsverbandes auf erheblichen Mitgliederzuwachs der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation rechnen zu können.

— Ein gemeingefährlicher Waterlandsverteidiger. In der Dübener Straße in Ritzschau kam es zwischen Straßenpassanten und einigen Radfahrern, die ohne Licht fuhren, zu einem Wortwechsel. Einem der Radfahrer, einem Dübener Mann, schien es ganz besonders zu kränken, daß er von den Passanten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Räder mit brennender Laterne versehen sein müßten. Er stieg vom Rad, zog seinen Säbel und brachte dem Eisenbrecher Franz Albrecht Verletzungen am Kopfe und einige Stichwunden an der linken Hand bei. Der Verletzte mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Zentrum.

Schreiberstr. 16, Tr. B. 1, freundl. Stubk.a.Schlafst.a.D.o.anst.Dm. Kohlenstrasse 22, II. 1, freundl. Schlafstelle an 2 Herren z. verm.

Osten.

Stötteritz, Arnoldstrasse 3, III. 1, freundl. möbl. Stube sof. zu verm.

Süden.

Grostowitz Nr. 20, II. Logis zum 1. 10. zu verm. Gef. Krehner.

Westen.

Wohnung, Stu., Sa., Bl., p. 1. Aug. f. 250. M. Näg. Kreuzgäßchen 12, II. 1.

Verkäufe und Käufe.

Weisses Einschlagpapier

(Druckausschuss) à Ztr. 10. — Mk., 1/2 Ztr. 2.50 Mk. zu verkaufen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Tauchaer Straße 10/21.

Jeder staunt!!

von Studenten, Kavalleren, Doktoren u. nur von besseren Herrsch. wen. getrag. Anglig., engl. Stoffe, Wäpacher, reilmollene Sachen, welche neu 80 bis 100 Mk. gekostet hab., 8, 12, 15, 18, 22 Mk., einz. Hosen, Jacketts, Palet., eleg. Frack- u. Gehrock-Anz. spottbillig, auch leihweise.

Kanner, nur Plauensche Str. II, 1. Nähe Brühl.

Monats-Garderoben

findv. best. Zeit., Millionären u. Studenten sehr wenig getr. nach Maß gearbeitete Sachen (auch für Startbelebte)

Mass-Anzüge 12, 16, 22, 28
Mass-Paletots 8, 10, 12, 18
Neue Garderobe sehr billig.

Frack- u. Gesellschaftsanzüge sehr billig, auch leihweise. Dam.-Gard. zu sehr bill. Preis.

Friedmann Tel. 14106
Nur Hainstr. 24, I Tr.
Sonnabends geschlossen.

In Blauner Monatsgarderoben

Geschäft, Reichsstr. 41, nur I. Etg., kauft man, wie in Leipzig bekannt, billig und gut Jackett- u. Modanzüge, Sommer-Paletots, einzelne Beinkleider, Jacketts, eleg. Frack- u. Gesellschafts-Anzüge, auch leihweise.

Anaben-Garderobe billige Günstiger Einkauf bietet sich für Jedermann während meines Saison-Räumungsverkaufs!

Herren-Anzüge v. 5.00-20.50. Aufw.
Herren-Sommer-Hebergjeher v. 4.50-19.75. Aufw.
Herren-Hosen v. 1.00-6.50. Aufw.
Burschen-Anzüge v. 4.75-14.50. Aufw.
Anaben-Anzüge v. 1.25-6.75. Aufw.
Frack- u. Gesellschafts-Anzüge auch leihweise.

Nur in Glasers Monats-Garderobe Ranstädter Steinweg 39, I. kl. Lad.
Elektrische wird vergütet. [*



Glaser's Monats-Garderobe Ranstädter Steinweg 39, I. kl. Lad. Elektrische wird vergütet. [*

Kleiderstoffe

Gelegenheitskäufe

Goldmann

Schuhmachergasse 11.

Handelshof

Bettwäsche

Bezug mit Kissen . . . 2.75
Bettuch, 2m lg., oh. Nacht 1.25
Inlett-Deckbett . . . 4.25
Inlett-Unterbett . . . 3.75

bis zu den feinsten Qualitäten.

Hugo Blum

Reichsstrasse — Handelshof.

Wäsche-Blum

Teppiche

mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen.

Salzgießchen 7, Hof I. *

Ein Gebett Federbetten

neu, 14 Mk., billig. **Elisabeth Holdorn**, Dorotheenstr. 2. *

Bettfedern

Reinlg. u. Verärf. = billigst
G. Funke, Neub., Riebeckstr. 7a. *

Gebr. Möbel als: Sofa, Bettst. mit Matratzen, Tisch, Stühle, Schreibtisch, Kleider-, Nähmasch. billigst. Lind., Lügner Str. 22, I.

Möbel verk. bill.

Zellgahl, gest. Pl., Wersburger Str. 62. *

Zieg. mod. Plüschsofa, 1 Hipssofa, 2 Bettstellen mit Matratzen spottbill. GutsMuthsstr. 35, 5. pt.

Plüschsofa, Sofa, gut. Polst., z. verkaufen. Körnerstr. 16, Hof p. r.

Neue u. gebr. Möbel, Sofas verk. bill. R.-Modan, Grunerstr. 10, Mehlert. *

Möbel bill. Burgstraße 24, V. Tisch u. St. Tauchaer Str. 60, IV. r.

Dauerh. Bettstellen

mit guten Matratzen (beste Arbeit) 25 Mk. G. Böhm Tap., vis-à-vis Pantheon Dresdner Str. 23, Seitengeb. I. Bettst. m. M. a. v. Sophienstr. 2, IV. I.

Grammophon Schallplatten

Zonophon, Favorite, Homoford, Kallope, Dacapo zu Fabrikpreis. Reparaturen bill. Koberhardstr. 5. *

Tanzbar-Konzertina mit 13 Walz. 12 Mk. Kl. Gieselerstr. 50, p. l.

Kl. Schwalddrehmasch., 1.20 m l. spott. z. verk. Pl., Lügner Str. 74, IV. Gut. Fahr. Co., Neuh. Hall. St. 74. *

1 Fahrrad 10 Mk.

1 Sommerlatte, Alsterplatz. *

K. u. l. Rad 80 u. 45. Schirmerstr. 4, p. r. Fr. l. Rad f. 40 Mk. z. verk. Hanstädt. Steinweg 29, Eingeb. r. II. Heiler.

Pneumatik.

Doeken v. 1.90 bis 6.4, Schlächte v. 1.60 bis 4.4. Contil., Dunlop, Peter, Megeier, garantirt nur frische Ware, kauft man am billigsten im **Leipz. Pneumatik-Haus, Südp. 8.**

Laufdecken u. Luftschläuche!

Nur frische Garantie-Ware! Kein Ramsch, keine Warenhaus-Ware, wirklich billig. **Dresdner Str. 14, Willibald Fleischer. ***

Kinderwagen-Stiefel

Wagwitz, Karl-Heine-Str. 79. Zellgahl, ohne Aufschlag gekostet.

Eleg. Kinderwagen, w. neu, bill. z. verk. Bollm., Elisabethstr. 10a, I.

Guterh. Kinderwagen m. Gr. z. verkaufen.

Stb., Arnoldstr. 15, p. l. *

Kleg. Stz-Liegewagen preisw. z. verkaufen

Alberstr. 63b, I. r. Zusammenkupp. Sportw. Ranglerstr. 25, p. l. *

Brennholz, a. Korb 50 a.

von 4-6 Uhr. Schleußig, Seumestr. 10. *

Rosgfäufn

beseitigt sof. radikal Haarelement. Entfernt die lästig. Schuppen. Befördert d. Haarwuchs. Angenehm buftend, à Fl. 50 a. Zu haben in der Engel-Apothek u. in all. Drogerien. *

3 reiz. männl. j. Hunde, 6 W. alt, bill. Reut., Neustädt. Str. 17, III. r.

Nähm. z. l. gef. Petersteinweg 10, I.

Robprodukten

Eisen, Metalle, alt. Schmelzmeister, Gummi, Papierabfälle kauft zu höchsten Tagespr. F. Remus, Schleußig, Blümlerstr. 8. *

Alt-Gummi

von Fahrrädern, Pneumatik, Luftschläuche, Bierflaschenginge, Bälle, Gummischuhe sowie alle Sorten Kollgummi kauft **Hermann Wrack** Leipzig, Friedrichs-Platz-Str. 4 Nähe Krystalpalast. [10851 *

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote

Offene Stellen finden erfolgreich Aufnahme in der **Leipziger Volkszeitung.**

Maurer

werden sofort eingestellt, 70 a. Stb. Dauernde Beschäftig. H. Prang, Stötteritz, Schönbadstraße 87.

Zimmerleute

gef. am **Connewitzer Bahnhof.**

Junger kräftiger Arbeitsbursche

sof. gesucht. Lindenau, Siemeringstraße 6, Modelfabrik.

Schneiderinnen

sucht **Max Engemann**, Kleinschöcher, Diebstaustraße 30.

16-18jähr. Mädchen z. 1 Kind u. Wirtsch. gef.

Berliner Str. 6, II. r. **1 fr. Dienstmädch. (14-16 J.)** sucht W. Herf., Schönfeld, Leipz. St. 119. **Kr. Schulmädch.** wird z. Hausarbeit gef. Vt., Henricistr. 7, II. l. **J. Frau sucht Aufwartung**, auch b. Kind, Klzsch. od. Schleußig. Off. A. B. 7, Filiale Diebstaustr. 5, erb.

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen

(Gesuche, Schriftsätze, Rechtsmittel etc.) Pohlmann, (akt.) Leipzig, Blumengasse 10, pt. (an d. Dresdner Str.) z. S. Sonntag. *

Ihre Anzüge

w. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zustellung frei. Postkarte genügt an Wäscherei, „Undine“ Döllitz-Leipzig.

Schuhwerk aller Art

wird schnell, prompt u. bill. besichtigt u. repariert bei Aug. Rößler, Klein-schöcher, Diebstaustr. 1, im Laden. *

Frack- u. Gehrockanzüge

vorläufig. Schneidermeister **Müller** Konigsstr. 52, Ecke Windmstr.

Frack- u. Gehrock-Anzüge

vorläufig. **A. Dachs.** Hainstr. 6, I.

Privat-Tanzunterricht jeder Zeit

H. Papst, Dufourstr. 22. * Spez. f. ältere Damen u. Herren. **Sprechapparat u. Musikwerke** repariert **W. Apitz, Gainsstr. 31. ***

Möbel-Transporte

auch mit Pianowagen. Answärtige Transporte. Lagerung. **Hans Eitner** Roschstr. 6a Reichstr. 4-5

Kaufleute

suchen in und außer dem Hause Pl., Calvisiusstr. 39, p. l. *

Alredale

(Postgeleit-Diend) ohne Steuermarken, Manil. entlaufen. Vor Kauf wird gewarnt. Gef. Vel. abg. Singer, Fr.-Platz-Str. 28.

Der Schnitter Tod.

Es war plötzlich voller Sommer geworden, die in den langen Regenwochen feist aufgewachsenen grünen Kornfelder begannen zu bleichen, der Rohn flatterte üppig rot auf jedem Felde. Die Landstraße glühte weiß und staubig, aus den dunkler gewordenen Wäldern tönte der Kuckuck zur müder, schwüler und einbringlicher, in den hohen Wiesen wiegten sich auf schwanken Stengeln die Margueriten und Esparjetten, Salbei und Stabiosen, alle schon in der üppigen Fülle und in dem fiebernd tollen Versuchungsbang der Todesnähe. Denn abends läutete schon da und dort im Dorfe heiltönig und unerbittlich mahnend das Sensendengeln.

An einem brennend warmen Nachmittage schlenderte ich langsam und fröhlich auf der Landstraße dem dunkel ragenden Walde entgegen, an den schwer duftenden Heumiesen und leise silbern wehenden Lehrenfeldern vorüber. In ausgetrockneten Straßengraben spielten braune und grüngoldene Eideisen, schönfarbige Lauffässer mit großen hohen Eiden und scheuen, edigen Bewegungen, dazwischen je und je eine glatte, lautlose Blindschleiche. Ueber den Wiesen zitterte die durchglühete Luft, an den Rändern des schweißblauen Himmels lagen kleine, dicht geknetete, silberweiße Turmwolken ruhig auf der Lauer, regungslos und in blendendem Glanze.

Als ich schon dem Waldrande nahe war, holte mich ein Bauer ein, der, mit der Sense über der Schulter, auf die Heumadde ging. Er war einer von meinen Nachbarn, ein froher, rüstiger Mensch, aufrecht und blond, mit dem ich auf Feldwegen oder am Abend im Dorfe häufig zu plaudern pflegte. Er trug den Strohhut zurückgeschoben auf dem dünnen kurzen Haar, im Munde hielt er einen Grashalm, an dem er laute und von seiner Stirn tief in kleinen, klaren Tropfen der Schweiß über das bräunliche Gesicht.

„Auch wieder spazieren?“ fragte er mit gutmütig-spöttischem Blick.

„Es macht warm heute,“ gab ich zurück.

„Ja, besonders wenn man schaffen muß.“

„Ich beneide dich um deinen braunen, breiten Nacken und um die sorglose Kraft, mit der er seine Sense auf der Schulter trug. Für mich war der heiße Gang eine Arbeit, von der ich im Walde auszuruhen dachte; für ihn war er ein Spiel, dem die Arbeit erst folgen sollte.“

„Nix Neues?“ fragte ich.

„Doch, meine Schwarze hat zu Nacht gefalbt.“

„Gut gegangen?“

„Schon gut, aber nicht leicht. Wir sind fast die ganze Nacht im Stalle gewesen.“

„Na, wenn nur das Kastel gesund ist.“

„Da sehts nicht, das ist schon, wie es sein soll. Also adieu denn, wenn sie gerabeaus wollen.“

„Ja, adieu, Herr Nachbar. Ueberlassen Sie sich nicht.“

„Habs nicht im Sinne. Adieu denn.“

Ich sah ihm nach, wie er zwischen Acker und Wiese feineinwärts schritt, schwer und zäh und doch mühelos, und wie das hohe Gras ihm um die Knie schlug und wie seine blanke Sense hoch in den Lüften blühte. Dann ging ich weiter und erreichte bald die feuchtdunstende, milde Waldkühle. Vögel riefen im flimmernden Geiste, weiches Moos federte wohligh unter meinen Schritten, braunrote Schmetterlinge rasteten atmend auf hohen Blütenstengeln und kleine, goldige Waldbienen flogen suchend in raschen, peraden Flügeln durch die weiche schattige Luft. An einem stillen Plätzchen, zu Füßen einer großen Buche setzte ich mich zur Rast, schaute in das dämmernde, tausendfüßige Waldleben, den Fliegen und Faltern nach und trank die frische Schattensonne. Dann zog ich ein altes Büchlein aus der Tasche und las langsam blätternd in alten, volkstümlichen Liedern. Das Lesen im Freien ist ja schön und bei Sommerfrischern sehr beliebt, aber ich fand immer wieder mit Verwunderung, daß die Bücher, die im Walde schöner zu lesen sind als in der Stube, überaus selten sind. Altmodische Niederbücher und Volksmärchen gehören zu diesen Seltenheiten, und die einfachen Verse, die beim Lesen immer gleich zu Melodien werden wollen, vertragen Waldluft und Vogelruf und Windesrauschen besser als irgend andre Bücher.

Da las ich auch das Lied vom Schnitter Tod und sah ihn groß und ruhig über blühende Felder hinschreiten und hörte den ruhig ersten, kühlen Strich seiner Sense durch das lebendige Kraut. Es werden auch heute noch schöne Gedichte gemacht, aber wenig solche, bei denen wir lächeln und mitkommen müssen, während uns das Herz zittert und den Takt verändert. Dies Lied vom Schnitter Tod war ernst, war traurig machend, herb und streng, aber es war nicht grausam, es klang hart und süß und wohlwollend an, als läme es aus Kindermund, als wisse es nicht um seine Traurigkeit.

Ein paar Stunden vergehen schnell, wenn man zur Sommerzeit im Walde schlendert, ruht und wieder schlendert, und der halbe Nachmittage war vorüber, als ich heimkehrend auf derselben Straße den Wald verließ. Sonne und Heugeruch drangen auf mich ein, im nächsten Dorfe hörte ich fünf Uhr schlagen, und mit beschleunigtem Schritte ging ich weiter. Da holte ich einen Leiterwagen ein; ein Mann ging neben den Pferden her, ein anderer sah vorn auf und im Wagen lag ein dritter, der hatte ein rotes Kopftuch übergelegt und streckte nur die Beine heraus.

„Der schläft aber gut,“ rief ich im Vorbeigehen.

„Er steht nimmer auf,“ sagte der Führer und hielt die Pferde an. Ich zog das Tuch von dem Liegenden, da war es mein frühlicher Nachbar, und als ich ihm die Hand auf die Brust legte, war sie kühl und ohne Herzschlag, und sein Gesicht hatte bläuliche blasse Schatten.

„Soll ich vorausgehen?“ fragte ich den Führer.

„Ist nicht nötig, die Frau weiß es schon.“

Nun ging ich hinter dem Wagen her, durch die glänzenden Felder und das blumige Grasland, und sah bald in die weithin blavende Seeferne, bald auf den stillen Mann, der neben seiner Sense auf dem Wagenboden lag. Er war beim Mähen umgefallen, sagten seine Begleiter.

Wir kamen ins Dorf gefahren, und scheue Weiber und Männer kamen uns entgegen, die schlossen sich an, und es entstand ein stiller Zug durch die langgestreckte, zweimal gewundene Dorfstraße, bis vor das Haus des Toten, den seine Frau mit bleichem Gesicht und großen, erschrocken aufgerissenen Augen empfang.

An jenem Abend war es still im Dorfe. Andern Tags ging alles seinen alten Gang, nur daß man oft von dem Gestorbenen sprechen hörte. Das geschah ohne viel Rührung, aber mit Ernst und in einem Tone der Trauer, den man nur in kleinen Dorfgemeinden so hören kann. Sie hatten den Schritt des gefürchteten Schnitters gehört, der in so kleinen Gemeinschaften selten kommt und dann ehrfürchtiger begrüßt wird als in Städten, wo jeden Tag Menschen sterben, ohne daß außer den Allernächsten jemand darauf achten kann.

Und gestern war die Beerdigung. Vor dem Hause stand der Sarg und jeder Herankommende besprengte ihn mit Weihwasser; wer einen Kranz mitgebracht hatte, der legte ihn auf den Sarg oder hängte ihn um den wartenden Totenwagen. Dann ward der Sarg in den Wagen gehoben, die Glocken der kleinen Kapelle klangen herüber und wir begleiteten unsern Nachbar auf dem stillen, weiten Weg zum Grabe. Denn unser kleines Nest hat keinen Pfarrer und keinen Kirchhof, wir bringen die Toten ins nächste Dorf hinüber. In zwei Reihen zu beiden Seiten der Straße, schritten wir einer hinter dem andern, die Männer zuerst und dann die Weiber, und von Zeit zu Zeit stimmte irgendeiner die Litanei an, und alle fielen mit ihren harten, langsamen Stimmen betend ein. So brachten wir den Toten am blühenden See, an den Weinbergen und Fruchtfeldern und Wiesen vorüber zum Kirchhof, und dann standen wir auf dem alten, wunderbaren Friedhof, über dessen graue Mauer hinweg der See und die Insel und weite Bergzüge zu sehen sind. Der Pfarrer segnete und betete, der Chor sang seinen Choral, wir warfen Erde und Laub ins frische Grab, und rings um uns lag das schöne, sommerliche Land in gleichmütigem Frieden gebreitet.

Einmal während der Einsegnung des Grabes, als ich in halber Betäubung den Blick erhob und ausschaute, sah ich über das dunkle Häuflein der Leidtragenden hinweg für Augenblicke den Kopf eines schönen Bauernweibes ragen. Sie schaute mit klaren Augen und unbewegtem Gesichte still aus dem Gedränge über den See und die Weinberge hinaus, nicht traurig und nicht froh, mit halb geöffnetem Munde, und ihr schöner dunkler Kopf stand einem Augenblick lang scharf und kühn gegen den hohen Himmel.

Hermann Heise.

Von der Erhaltung des körperlichen Gleichgewichts bei Mensch und Tier.

In der Physik wird der Begriff des Gleichgewichts auf alle solche Erscheinungen angewendet, bei denen zwei oder mehrere Kräfte so gegeneinander wirken, daß sie sich gegenseitig aufheben. Wenn z. B. der Handlanger mittels einer am Baugerüst befestigten Rolle einen Kessel Wasser hochzieht, so wird eben dann, wenn die von ihm aufgewendete Kraft genau so groß ist wie die Kraft, mit der der Kessel auf der andern Seite der Rolle nach unten zieht, Gleichgewicht herrschen zwischen der Körperkraft des Handlangers und der auf den Kessel wirkenden Schwerkraft. Solange dieses Gleichgewicht besteht, wird der Kessel in Ruhe bleiben, sich also weder aufwärts noch abwärts bewegen; sobald aber das eine oder andre geschieht, ist das Gleichgewicht gestört. Nicht anders ist es, wenn man auf der Hand oder gar auf der Nase einen Stab „balanciert“. Den Stab kann man sich aus unzähligen kleinsten Partikeln zusammengesetzt denken, von denen jedes einzelne sein Gewicht hat, d. h. das Bestreben zeigt, senkrecht nach unten zu fallen. Gelingt es uns nun, den Stab immer in einer solchen Stellung zu erhalten, daß die auf der linken Seite desselben befindlichen Partikeln in ihrer Gesamtheit nicht stärker nach unten ziehen als die auf der rechten Seite befindlichen, die auf der Vorderseite nicht stärker als die auf der Hinterseite, dann bleibt der Stab auf der Hand stehen, er befindet sich im Gleichgewicht. Es ist leicht einzusehen, daß er senkrecht stehen muß, wenn die Bedingungen des Gleichgewichts erfüllt sein sollen; und wer die Sache selbst probiert, weiß auch, daß der Stab fortwährend die Neigung hat, umzufallen, und daß die Kunst des Balancierens darin besteht, ihn durch geschicktes Hin- und Herbewegen der Hand immer wieder in die Gleichgewichtsstellung zurückzubringen.

Viele Tiere und auch die Menschen haben nun eine Körperhaltung, die ebenso wie beim Balancieren des Stabes gewisse Anstrengungen zur Erhaltung des Gleichgewichts notwendig macht. Schon beim bloßen Stehen, aber auch beim Gehen und Laufen, vollends aber beim Gehen und Springen gilt es immer, das körperliche Gleichgewicht zu bewahren, d. h. nicht umzufallen. Eine besondere Anstrengung kostet uns das freilich für gewöhnlich nicht. Wir haben es nämlich durch Übung von klein auf dahin gebracht, daß die Maßnahmen für die Erhaltung des Gleichgewichts ganz unbewußt und unwillkürlich erfolgen. An jungen Menschen und Tieren kann man beobachten, daß die Fähigkeit, den Körper zu balancieren, erst mühsam gelernt werden muß. Und die von Schwindel befallenen oder die stark betrunkenen Menschen beweisen, daß man jene Fähigkeit auch vorübergehend wieder verlieren kann und dann allerdings die größte Mühe hat, das Gleichgewicht zu bewahren.

Man muß sich davon, wie im Körper irgend etwas unbewußt und unwillkürlich geschehen kann, eine richtige Vorstellung machen. Unbewußt erfolgen eine ganze Anzahl wichtiger Lebensvorgänge ganz unabhängig von unserm Willen, man denke nur an den Blutkreislauf oder an die Verdauungsvorgänge. Sehr oft tut aber unser Körper oder irgendeiner seiner Teile auch etwas, das durch einen äußeren Reiz verursacht ist und von dem unser Bewußtsein trotzdem nicht Notiz nimmt. Wenn ein Schlafender von einem Insekt gestochen wird, so wird er gewisse

Abwehrbewegungen ausführen, obwohl ihm weder der Schmerz noch die Abwehrbewegung selbst zum Bewußtsein kommen. Die Wissenschaft bezeichnet derartige Bewegungen als Reflexbewegungen und erklärt ihr Zustandekommen so: Durch den Stich des Insekts wird ein schmerzempfindlicher Nerv erregt. Die Erregung pflanzt sich in dem Nerv fort und gelangt bis an eine Stelle des Körpers, an der sich der Sinnesnerv mit einem Bewegungsnerv kreuzt. Dadurch wird dieser selbst in Erregung gesetzt, und er bewirkt nun seinerseits die Abwehrbewegung. Bis zum Bewußtwerden des Schmerzes kommt es in solchen Fällen deshalb nicht, weil die Erregung des Sinnesnerven nicht bis ins Gehirn fortgeleitet wird, sondern schon, bevor dieses erreicht wird, auf den Bewegungsnerven überspringt. Auf solche Art geschieht in unserm, wie überhaupt im tierischen Körper außerordentlich vieles, so daß also das Bewußtsein in wirksamster Weise entlastet wird.

Wenn nun die Regelung des körperlichen Gleichgewichts auf dieselbe Weise unbewußt geschieht, so muß doch nichtsdessenungeachtet ein Organ oder ein Sinnesgebiet da sein, das die Störungen des Gleichgewichts empfindet. Denn die Bewegungen, die der Körper ausführt, um sein gestörtes Gleichgewicht wieder herzustellen, können doch, auch wenn sie unbewußt geschehen, nur als Reaktionen auf solche Sinnesempfindungen erfolgen, in denen sich die Störung des Gleichgewichts kundtut. Das Beispiel vom Balancieren eines Stabes kann auch hier wieder die Sache recht gut veranschaulichen: Woran merkt man es denn, daß sich der Stab ein wenig aus der senkrechten Stellung entfernt hat? Es wäre denkbar, daß die Schwankungen desselben dem Drucksinne oder auch dem Muskel sinne bemerkbar machten, und daß den Eindrücken entsprechend, die diese Sinne empfangen, die balancierenden Bewegungen der Hand erfolgten. Das ist aber, wie man sich leicht überzeugen kann, nicht der Fall. Man braucht nur beim Balancieren die Augen zu schließen, und man wird die Erfahrung machen, daß der Stab sofort umfällt. Daraus erkennt man aber zugleich, daß es hier der Gesichtssinn ist, der uns den Stab in der Balance zu erhalten befähigt. Wir blicken ja eben deshalb nach der Spitze des Stabes und es da dem Auge gelingt, schon sehr kleine zeitliche Ausweichungen zu bemerken.

Welchen Sinne oder welchem Sinnesorgan liegt es nun aber, die Gleichgewichtsstörungen des eigenen Körpers zu empfinden? Von vornherein ist ersichtlich, daß der Gesichtssinn diese Aufgabe nicht erfüllen kann. Eher schon könnte man erwarten, daß der Muskel sinne die Gleichgewichtsstörungen empfindet, und vor zwanzig bis dreißig Jahren nahm man das auch allgemein an. Durch ihn erhalten wir Kunde davon, ob und wie sich die Glieder und Teile des Körpers bewegen. Auch im Finstern sind wir nicht im geringsten unfähig darüber, ob wir den Arm hängen lassen oder heben, ob wir ihn in einen rechten oder in einem spitzen Winkel gebeugt tragen. Daß wir also jederzeit über die gegenseitige Lage der Körperteile und über eintretende Veränderungen derselben genau orientiert sind, das verdanken wir dem Muskel sinne, dessen empfindende Organe die in den Sehnen und Gelenken lagernden Pacinischen Körperchen sind. Wenn der Klavierspieler eine bestimmte Tonverbindung spielen, der Arbeiter einen ganz bestimmten Handgriff tun will, kurz bei aller geregeltsten Körperfähigkeit, ist der Muskel sinne ebenso unentbehrlich, wie wenn man ein bestimmtes Wort sprechen oder einen bestimmten Ton singen will: immer müssen die Bewegungen der Muskeln unserer Gliedmaßen, der Sprachwerkzeuge und des Kehlkopfes genau empfunden werden, wenn es möglich sein soll, sie genau zu regeln.

So wichtig und unentbehrlich aber auch der Muskel sinne ist, so werden doch die eigentlichen Gleichgewichtsstörungen nicht von ihm empfunden. Das Gleichgewicht des Menschen- und Tierkörpers kann aber gestört werden, auch wenn sich nicht ein einziger Muskel des Körpers bewegt. Ein Kausboog, der, ohne die Fingerglieder zu bewegen, in der Luft schwebt, kann durch einen Windstoß plötzlich schräg gestellt, ein im Wasser in ganz bestimmter Körperhaltung schwebendes Tier (Fische, Quallen) kann durch eine Welle seitwärts getippt werden: in allen solchen Fällen muß ein Empfindungsorgan da sein, von dem solche feine Abweichungen aus der normalen Lage sofort empfunden werden. Erst von ihm aus können dann die Muskeln Anweisung erhalten, solche Bewegungen hervorzurufen, die ein weiteres Umkippen verhindern und die eingetretene Störung beseitigen.

Es gelang erst in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die Organe des tierischen und menschlichen Körpers eindeutig zu machen, in denen der Gleichgewichtssinn oder der statische Sinn seinen Sitz hat (Statt ist Lehre vom Gleichgewicht). Diese Sinnesorgane, Statocysten genannt, haben in ihrer gewöhnlichsten Form folgenden Bau: Eine Höhlung ist mit druckempfindlichen Sinneszellen ausgekleidet, die mit feinen Härchen bewachsen sind. Auf den Härchen aber liegen kleine Steinchen, die auf die unter ihnen befindlichen Härchen und damit auf die Sinneszellen einen Druck ausüben. Weigt sich nun der Körper zur Seite, so müssen die Steinchen auf andre Härchen rollen, was natürlich eine Änderung der Sinneserregung bewirkt. So ist mit jeder Körperlage ein besonderer Sinnesdruck in diesen Gleichgewichtsorganen verknüpft, und dadurch wird es möglich, Gleichgewichtsstörungen zu empfinden und durch zweckmäßige Muskelreaktionen zu beseitigen.

Es ist bemerkenswert, daß die Gleichgewichtsorgane gerade die Kraft ausnützen, die die hauptsächlichste Ursache der Störungen des Gleichgewichts ist, nämlich die Schwerkraft. Die Steinchen, die in der Höhlung liegen, drücken ja infolge ihrer Schwere nach unten. Sie zeigen also dem Körper jederzeit gleichsam die Richtung nach unten an, so daß er sich, wenn sein gewöhnliches Lageverhältnis zu der vertikalen Richtung geändert ist, sogleich wieder in die Normallage zurückversetzen kann. Man kann die Fähigkeit, auf diese Weise das Gleichgewicht zu erhalten, daher auch das Vermögen bezeichnen, oben und unten zu unterscheiden.

Den Nachweis, daß die als statische Organe entdeckten Gebilde mit ihren Steinchen wirklich der Erhaltung des Gleichgewichts dienen, hat man dadurch erbracht, daß man niederen Tieren diese Gebilde ab- oder herauschnitt. So konnten Quallen, denen man die von dem Rande ihres Schirmes wie rote herabhängenden Statocysten abschnitt, das gestörte Gleichgewicht nicht wieder finden; weil sie eben, wenn sie einmal in Schräglage geraten waren, nicht mehr das „Gefühl“ für ihre gestörte Gleichgewichtsstellung hatten. Die ihrer statischen Organe beraubten Tintenfische, die in horizontaler Lage so ruhig und sicher vorwärts und rückwärts schwimmen können, verlieren alle Sicherheit: sie überpurzeln sich im Wasser und schwimmen auf der Seite und auf dem Rücken. Sehr interessante Versuche lassen sich mit den flinken Garnelen, einer Art schifflicher Krabbe, ausführen. Während nämlich bei den allermeisten Tieren die Steinchen durch Ausbuchtungen an den Wänden der Höhlung entstehen, sind die Garnelen nach vollzogener Fä-

